

## Inhaltsverzeichnis kommunalpolitische Leitlinien

<u>Einleitung</u>	2
<u>Antifaschismus</u>	4
<u>Arbeit</u>	6
<u>Armut</u>	9
<u>Bildung</u>	11
<u>Digitalisierung</u>	18
<u>Frieden</u>	22
<u>Geschlechtergerechtigkeit</u>	24
<u>Gesundheit</u>	26
<u>Inklusion</u>	28
<u>Kinder- und Jugend</u>	32
<u>Klimaschutz, Energie, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz</u>	34
<u>Kultur</u>	39
<u>Ländlicher Raum</u>	42
<u>Migration</u>	44
<u>Mobilität</u>	49
<u>Ordnung</u>	54
<u>Planung</u>	56
<u>Queer</u>	59
<u>Senior:innen</u>	60
<u>Soziales</u>	62
<u>Sport</u>	64
<u>Wirtschaft und Finanzen</u>	66
<u>Wohnen</u>	69

# 1 **Kommunalpolitische Leitlinien**

## 2 **Einleitung**

### 3 **Für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommunen**

4 Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für eine Kommunalpolitik, die den Menschen in den  
5 Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns ein für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale  
6 Kommunen, in denen alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. Unser Ziel ist es, gut  
7 bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie, barrierefreie Mobilität für alle zu  
8 gewährleisten.

9 In den letzten fünf Jahren haben unsere Kommunalpolitiker:innen an vielen Orten bewiesen, dass sie  
10 die Garantie für eine Kommunalpolitik im Sinne der Menschen sind: Sie haben verpflichtende Quoten  
11 für geförderten sozialen Wohnungsbau durchgesetzt und somit tausenden Menschen bezahlbaren  
12 Wohnraum gesichert. Sie haben die Kita-Gebühren gerechter gestaltet, auch wenn die Landespolitik  
13 einer gebührenfreien Kindertagesbetreuung bisher noch im Weg steht, und damit Familien mit  
14 niedrigen und mittleren Einkommen entlastet. Im Bereich der Mobilität haben wir uns für den Ausbau  
15 des öffentlichen Nahverkehrs sowie sichere Fuß- und Radwege stark gemacht und auf Barrierefreiheit  
16 bei Bussen und Bahnen gedrängt. Wir haben uns gegen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Sport  
17 gewehrt und für aktiven Umwelt- und Klimaschutz stark gemacht.

18 Unsere parlamentarischen Gruppen und Fraktionen sind häufig erste Anlaufstellen für Menschen, die  
19 etwas verändern wollen, aber auch für Menschen, die sich von der herrschenden Politik  
20 alleingelassen fühlen. Bei uns finden sie nicht nur Rat und Hilfe in Alltagsfragen, sondern auch die  
21 Möglichkeit, sich zu organisieren und politisch mitzugestalten.

22 Als sozialistische Menschenrechtspartei unterstützen wir das Engagement von Einwohner:innen und  
23 Initiativen für solidarisches Zusammenleben und für den Erhalt der Demokratie. Nicht die  
24 Geflüchteten sind verantwortlich für kaputte Infrastruktur, Mietenwahnsinn und zu wenig  
25 Lehrer:innen und Erzieher:innen, sondern die Politik der letzten Jahrzehnte. Wir müssen die  
26 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen, die zur Flucht getrieben wurden.

27 Antifaschismus findet bei uns nicht nur in Sonntagsreden statt, sondern jeden Tag. Wir leisten  
28 Widerstand gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche und arbeiten dabei eng mit  
29 Friedensgruppen und Gewerkschaften zusammen. Wir unterstützen das friedenspolitische  
30 Engagement auf kommunaler Ebene und setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen  
31 entsprechenden Bündnissen wie den Mayors for Peace beitreten.

32 Neben der Friedensfrage ist die Klimakrise die zentrale Herausforderung unserer Tage. Unter den  
33 Folgen der Erderwärmung leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben:  
34 Menschen, die in dicht bebauten Vierteln mit schlecht isoliertem Wohnraum leben, alte und  
35 pflegebedürftige Menschen, Menschen, die körperlich und im Freien arbeiten – sie alle brauchen eine  
36 Politik, die sie vor Hitze und Unwettern besser schützt. Mehr Grünflächen, besseres  
37 Wassermanagement, Schattenzonen und Hitzeschutzräume in den Städten – neben Klimaschutz wird  
38 auch Klimaanpassung immer wichtiger.

39 Wir machen keine Politik für diejenigen, die sich alles kaufen können, sondern für diejenigen, die im  
40 Alltag auf funktionierende Kitas und Schulen, Straßen, Busse, Krankenhäuser und Pflegedienste  
41 angewiesen sind.

42 Eine zentrale Aufgabe der Stadtplanung muss es sein, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu  
43 orientieren. Dies bedeutet, dass Kultur, Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle zugänglich  
44 und gut ausgebaut sein müssen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der Solidarität und  
45 Zusammenhalt gelebt werden und in der jede:r die Möglichkeit hat, ein erfülltes und  
46 selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu führen.

47 Doch diese Vision kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen finanziell ausreichend  
48 ausgestattet sind. Hier zeigt sich die Schwäche der aktuellen Politik von Bundes- und  
49 Landesregierung, die den Kommunen immer wieder neue Aufgaben zuweisen, ohne eine  
50 auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Stattdessen werden die finanziellen Mittel gekürzt und  
51 die Kommunen in eine prekäre Lage gebracht, die es ihnen erschwert, ihre Aufgaben im Interesse der  
52 Bevölkerung zu erfüllen. Die Linke steht für starke, selbstbewusste Kommunen und einen staatlich  
53 finanzierten Altschuldenfonds, der verhindert, dass Städte und Kreise erneut in die  
54 Haushaltssicherung geraten und damit ihren Handlungsspielraum verlieren.

55 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch  
56 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser  
57 Auseinandersetzung wird Die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von  
58 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

59 Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von Umverteilung von unten nach oben und von  
60 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn Kommunen nicht ausreichend finanziert  
61 werden, steigt der Druck, Leistungen zu privatisieren. Das machen wir nicht mit!

62 Die Linke sagt: Öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben, um  
63 sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht den  
64 Profitinteressen privater Unternehmen dient.

65 Privatisierung führt häufig nicht nur zu einer Verschlechterung der Qualität und Zugänglichkeit von  
66 Dienstleistungen, sondern auch zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, da private Unternehmen  
67 immer Kosten senken und Gewinne maximieren wollen. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an  
68 private Unternehmen muss daher immer an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie  
69 Tarifverträgen gebunden werden.

70 Öffentliche Dienstleistungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der sozialen  
71 Gerechtigkeit, indem sie allen Einwohner:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialem  
72 Status Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und öffentlichem Verkehr  
73 bieten. Obwohl Privatisierung kurzfristig Einsparungen bringen kann, sind die langfristigen Kosten für  
74 die Gesellschaft höher, da private Unternehmen möglicherweise höhere Gebühren erheben und  
75 weniger in die Infrastruktur investieren.

76 Ohne eine grundlegende Änderung dieser Politik werden wir keine lebendigen und lebenswerten  
77 Kommunen schaffen können. Daher ist es unabdingbar, dass Die Linke stark vertreten ist, um diese  
78 Veränderungen herbeizuführen. Nur mit der Linken kann ein soziales, gerechtes und zukunftsfähiges  
79 NRW geschaffen werden, in dem die Gemeinden nicht nur existieren, sondern auch florieren.

80 Ohne eine starke Linke keine lebendigen Kommunen!

81

## 82 **Thema: Antifaschismus**

zum Dokumentbeginn

83 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es  
84 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant:innen,  
85 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist:innen, Gewerkschafter:innen und viele andere, die  
86 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

87 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen  
88 rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeug:innen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns  
89 und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

90 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns, gerade in der  
91 heutigen Zeit, zu einer klaren Haltung. Angesichts der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus  
92 durch die extreme Rechte ist es wichtig, Orte des Gedenkens an die Strukturen und Opfer sowie an  
93 den antifaschistischen Widerstand stärker zu betonen.

94 Deshalb engagieren wir uns für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die  
95 Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen Vergangenheit  
96 Deutschlands fördert. Wir fordern eine spezifische Erinnerungskultur, die auch die Opfer rechter  
97 Gewalt der Gegenwart einbezieht, etwa durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen.

98 Unsere Städte und Kommunen sollen weltoffen und engagiert gegen jede gruppenbezogene  
99 Menschenfeindlichkeit aufgestellt sein. Das bedeutet, die Bedürfnisse und Interessen aller  
100 Einwohner:innen gleichberechtigt zu berücksichtigen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder  
101 Aufenthaltsstatus, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, sozialem Status, Alter oder  
102 Behinderung. Im kommunalen Alltag setzen wir auf offene Diskussionen und die Beteiligung aller, um  
103 fremdenfeindlichen und nationalistischen Deutungen entgegenzuwirken. Breite Bündnisse auf lokaler  
104 Ebene stärken unsere demokratische Kultur und helfen, neonazistische und rassistische Strömungen  
105 zurückzudrängen.

106 Dafür setzen wir uns ein:

- 107 • für eine klare Positionierung kommunaler Gremien und Verwaltungen gegen Antisemitismus,  
108 Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch öffentliche  
109 Stellungnahmen und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte,
- 110 • für die Unterstützung und Vernetzung selbst organisierter Gruppen, interkultureller Vereine  
111 und Initiativen zur Geflüchtetenhilfe,
- 112 • für Beratungsstellen, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung von  
113 Opfern rechter Gewalt widmen,
- 114 • lebendige Verpflichtungen der Kommunen zu den Nachhaltigkeitszielen (SDGs), nicht nur als  
115 Klimamaßnahmen, sondern als gesamtgesellschaftliche Orientierung,
- 116 • neues Leben in Städtepartnerschaften, vor allem blockübergreifend und mit dem globalen  
117 Süden, um gegen Nationalismus vorzugehen,
- 118 • Deserteursdenkmäler erkämpfen, gegen die Militarisierung und Mobilmachung der  
119 Gesellschaft.

120 Antifaschismus ist ein zentraler Auftrag linker Kommunalpolitik, die sich entschlossen dafür einsetzt,  
121 rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Wir setzen auf einen konsequenten,  
122 antirassistischen Antifaschismus und legen Wert auf:

- 123 • Widerstand und Selbstschutz gegen rechte Angriffe,
- 124 • eine stabile Brandmauer im Umgang mit Rechten,

- 125 • Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gegen rechts,
- 126 • ein Verbot aller (neo-)faschistischen Organisationen einschließlich der AfD,
- 127 • Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehört zusammen! Die Militarisierung der Gesellschaft
- 128 führt sehr direkt zur Verbreitung faschistischer und rechter Ideologie.

129 Dafür brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse und gelegentlich auch zivilen Ungehorsam, um  
130 rechten Strukturen entgegenzutreten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie ist, dass es in  
131 Kommunalparlamenten keinerlei Zusammenarbeit mit Rassist:innen und Faschist:innen geben darf.  
132 Unterstützung für ihre Anträge oder die Teilnahme an interfraktionellen Initiativen mit ihnen führen  
133 zur Normalisierung rechter Positionen und sind konsequent zu vermeiden.

134 Unsere kommunale Erinnerungskultur trägt dazu bei, dass die Verbrechen des Faschismus nicht in  
135 Vergessenheit geraten. Die Verlegung von Stolpersteinen, die Aufarbeitung von  
136 Euthanasieverbrechen, die Erinnerungen an die Schicksale von Zwangsarbeitenden sowie Fahrten zu  
137 Gedenk- und Erinnerungsstätten sind wichtige Beiträge dazu. Öffentliche Ausstellungen und  
138 Theateraufführungen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen tragen ebenso dazu  
139 bei, das historische Bewusstsein wachzuhalten, wie moderne Multimedia-Projekte, die sich mit  
140 Erinnerungskultur auseinandersetzen.

141 Die Linke stellt sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und kämpft für eine  
142 multikulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Wir setzen uns dafür ein, dass rechte Organisationen  
143 keinen Raum für ihre Ideologie finden – sowohl in der Politik als auch im öffentlichen Raum.

**145 Arbeit: Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle**

146 Viele Menschen in den Städten und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen leiden unter prekären  
147 Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung hangeln, werden schlecht bezahlt  
148 und können ihren Job nicht mit ihren Familien in Einklang bringen. Neoliberale Politik und der  
149 wirtschaftliche Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Besonders in industriellen Regionen  
150 hat es einen massiven Arbeitsplatzabbau gegeben, der immer noch anhält. Das belastet die  
151 Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein. Die kommunale Selbstverwaltung und die  
152 Politik im Interesse der Einwohner:innen werden dadurch infrage gestellt.

153 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Wir  
154 brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind, tariflich  
155 entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

156 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und  
157 Infrastruktur gesteigert werden. Der öffentliche Dienst muss ausgebaut und digitalisiert werden.

**158 Für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene**

159 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz  
160 wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des öffentlichen Dienstes  
161 geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem  
162 ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren  
163 externen Dienstleistern und Beratern gewachsen, besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten.  
164 Dies wiederum fördert die Anfälligkeit für Korruption.

165 Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern einen  
166 klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir uns für  
167 folgende Maßnahmen ein:

- 168 • kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst,
- 169 • unbefristete Übernahme von Auszubildenden,
- 170 • unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst,
- 171 • Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne,
- 172 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,
- 173 • Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge,
- 174 • Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister,
- 175 • keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben (Tarifbindung,  
176 faire Lieferketten, Umweltstandards),
- 177 • Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer,  
178 dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften,
- 179 • Tarife für alle: Kommunale Betriebe müssen die gültigen Tarifverträge einhalten. Die  
180 Ausgliederung von Personalgesellschaften, um auf diese Weise die Löhne zu drücken, lehnen  
181 wir ab.

183 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Gute Arbeit**

184 Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquoten bleibt die Zahl der Langzeiterwerbslosen in vielen  
185 Regionen hoch. Die Arbeitslosigkeit in NRW liegt seit langer Zeit an der Millionen-Grenze, doch die  
186 politischen Institutionen zeigen sich nahezu handlungsunfähig, diesem gesellschaftlichen  
187 Krebsgeschwür den Kampf anzusagen. Sie verweisen in erster Linie auf die „Kräfte des Marktes“, die  
188 jedoch angesichts der wirtschaftlichen Rezession die Arbeitslosigkeit ausweiten, statt sie wirksam zu  
189 bekämpfen. Die Kommunen und ihre Bürger:innen sind die Hauptbetroffenen dieser unfähigen  
190 Politik, die nicht viel mehr anzubieten hat, als noch mehr öffentliche Institutionen zu privatisieren und  
191 den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau noch weiter zu vergrößern. An dieser destruktiven Politik  
192 sind bis auf Die Linke alle Parteien beteiligt. Sie beklagen in der Regel die kommunale Finanznot,  
193 obwohl ihre Politiker:innen auf Landes- und Bundesebene dafür maßgeblich verantwortlich sind. Die  
194 bisherigen Maßnahmen des Bürgergeldsystems, wie Ein-Euro-Fünfzig-Jobs oder  
195 Weiterbildungsprogramme, haben den Betroffenen in der Regel nicht geholfen. Drohende Sanktionen  
196 schaden sogar. Diese „Arbeitsmarktinstrumente“ sind gescheitert und demütigend. Sie müssen  
197 abgeschafft werden.

198 Besonders junge Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitslose in strukturschwachen  
199 Regionen brauchen neue Perspektiven. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen,  
200 müssen die Städte und Landkreise sozialpolitische Verantwortung übernehmen und  
201 Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch spezielle  
202 Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und Förderprogramme  
203 finanziert werden.

204 Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung und die  
205 Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit.  
206 Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden.  
207 Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich auf  
208 das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

209 **Jeder Mensch braucht entlohnte Arbeit für ein menschenwürdiges Leben**

210 Der größte Teil der erwerbslosen Menschen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den  
211 registrierten Arbeitslosen sind das 63 % (!), die seit Jahren ohne Chancen auf einen Job von Hartz IV  
212 bzw. Bürgergeld „leben“.

213 Die herrschende Arbeitsmarktpolitik lässt sie grundsätzlich im Regen stehen, da die Förderquote  
214 gerade einmal 3 % beträgt und die Eingliederungsbudgets skandalöserweise sogar noch gekürzt  
215 werden.

216 Für Bürgergeld-Bezieher:innen fordern wir deshalb:

- 217 • einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifikation,
- 218 • ein Arbeits- und Beschäftigungsangebot, das ohne Sanktionierung abgelehnt werden darf,
- 219 • Stopp von sog. Arbeitsgelegenheiten,
- 220 • statt Kürzung von Eingliederungsmitteln deren Aufstockung zur Förderung aller arbeitslosen  
221 Menschen,
- 222 • angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht zwangsweise vom Jobcenter  
223 zugewiesen werden,
- 224 • Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein. Befristungen sind nur in  
225 Ausnahmefällen zulässig.
- 226 • Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden.

- 227 • Unterstützung für die Beschäftigten, wie z. B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder  
228 Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden,  
229 • Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben.

230 **Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen**

231 Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale,  
232 technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und  
233 Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch  
234 öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden.

235 Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit  
236 Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die  
237 diese Gruppen unterstützen.

238 **Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die**  
239 **Menschen in den Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und**  
240 **ökologischen Bedürfnissen der Gesellschaft dienen, und nicht den**  
241 **Profitinteressen einiger weniger.**



## 242 **Thema: Armut**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 243 **Die Armut in NRW überwinden**

244 Die offene und die verdeckte Massenerwerbslosigkeit sowie die ständige Zunahme unsicherer,  
245 schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmung von  
246 Menschen in den Kommunen. In zahlreichen Städten in NRW leben inzwischen mehr als 35 % der  
247 Menschen von Bürgergeld bzw. Grundsicherung. Im Verhältnis stärker betroffen sind alleinerziehende  
248 Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner:innen sowie Menschen mit internationaler Familiengeschichte.  
249 Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie die materielle Armut. Aktuelle Statistiken  
250 sprechen davon, dass jetzt schon jedes 4. Kind in Armut aufwächst. In vielen Stadtteilen des  
251 Ruhrgebiets sind es bis zu 50 %.

252 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute nicht zum Ausstieg aus der  
253 Armut. Mehr als die Hälfte derer, die den Bürgergeld-Bezug verlassen, erhalten bei Arbeitsaufnahme  
254 Löhne unterhalb der Armutsgrenze. Ein arbeitsmarktpolitischer Skandal ist, dass trotz gesetzlichem  
255 Mindestlohn ein Viertel aller Bürgergeld-Beziehenden aufstockende Leistungen von den Jobcentern  
256 erhält, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

257 Deshalb fordert Die Linke:

- 258 • eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.400 Euro statt Bürgergeld,
- 259 • einen individuellen Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die Menschenwürde  
260 und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können.
- 261 • einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch mindestens gemäß der Inflation  
262 erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut.
- 263 • Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit Behinderung  
264 und Praktika müssen gestrichen werden.
- 265 • eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen  
266 Ausbildungsvergütungen.

### 267 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

268 Das Bürgergeld-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene  
269 gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken  
270 oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

271 Wir kämpfen besonders auf kommunaler Ebene für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

272 Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene.  
273 Auch wir engagieren uns entsprechend in vielen Orten und sind nicht bereit, uns mit den  
274 unzureichenden Beratungen in den Jobcentern und dem oftmals fragwürdigen Umgang mit den zu  
275 beratenden Menschen abzufinden.

276 Derzeit gibt es viele Sozialberatungsstellen in NRW, die durch geschulte Mitglieder der Partei Die  
277 Linke durchgeführt werden. Dort können Menschen, die im Leistungsbezug sind, Hilfe bekommen.  
278 Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

279 Wir kämpfen gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die Überwindung der Armut.  
280 Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze mit tariflicher existenzsichernder Entlohnung.

281 Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau führt in den Kommunen zu weiter sinkender  
282 Kaufkraft. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Öffentlich  
283 geförderte Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

284 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- 285 • Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Fünfzig-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre  
286 Beschäftigung in allen ihren Formen wollen wir beenden. Stattdessen müssen ausschließlich  
287 unbefristete, tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die  
288 aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- 289 • Die Übernahme der Wohnkosten (KdU) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am  
290 Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels bzw. entsprechender örtlicher  
291 Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen werden.  
292 Zwangsumzüge wollen wir abschaffen.
- 293 • Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die  
294 Kommunen sollen verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im  
295 Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- 296 • Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb des  
297 Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie  
298 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theatern etc. ermöglichen.
- 299 • Mitbürger:innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf  
300 kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder  
301 einzugliedern, erwarten wir von den Kommunen ein Angebot von Beratung, Begleitung und ein  
302 bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern.
- 303 • Die Linke möchte das System von „Streetworkern“ ausbauen. Auch bei vorübergehender  
304 Wohnungslosigkeit müssen die Kommunen menschenwürdige und kostenlose  
305 Schlafgelegenheiten anbieten.

## 306 **Thema: Bildung**

zum Dokumentbeginn

307 In der Kommune ist vielfach nur von Kita-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von Bildung  
308 und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und lernen.

309 Das ändert Die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Blick und verbinden  
310 die Aufgaben des „Trägers“ mit denen von Bildung, also der Entfaltung aller Fähigkeiten und  
311 Fertigkeiten von Menschen.

### 312 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

313 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch  
314 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die  
315 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

316 Daher will Die Linke Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch  
317 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können  
318 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der  
319 Schulträgerin bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den  
320 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der  
321 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

322 Dabei ist es essenziell, dass sowohl neue als auch bestehende Schulgebäude barrierefrei gestaltet  
323 werden, um allen Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften – insbesondere Menschen, die auf Rollstühle  
324 oder andere Bewegungshilfen angewiesen sind – einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.

325 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,  
326 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume,  
327 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet  
328 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung  
329 und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf  
330 einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete  
331 Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung  
332 sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

### 333 **Was tun?**

- 334 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden  
335 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden,
- 336 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung  
337 und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger  
338 Kommunen,
- 339 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den  
340 Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion,
- 341 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen,
- 342 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen  
343 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion,
- 344 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen.

345

## 346 **Armut als Bildungshemmnis**

347 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung  
348 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler:innen ein  
349 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen  
350 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale  
351 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das  
352 gegliederte Schulsystem wollen wir überwinden. Forscher:innen und Studien zeigen regelmäßig auf,  
353 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

## 354 **Mehrsprachigkeit garantieren**

355 In den NRW-Schulen sind sehr viele Schüler:innen natürlich mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu  
356 Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der  
357 „Gastarbeitergenerationen“. Das Recht auf Erhalt der Familiensprache ist sowohl in der Europäischen  
358 Union als auch in den Europaratsstaaten garantiert.

359 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit sind deutsche  
360 Staatsbürger:innen, unsere Kinder in der Kommune, die in ihrem Lernprozess unterstützt werden  
361 müssen.

362 Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder und  
363 Jugendlichen. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“  
364 Sprachen und aller Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

365 Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht sein, um  
366 den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen,  
367 um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

368 Das Land NRW hat in diesem Feld nicht nur vielfache akademische Expertise, sondern ebenfalls ein  
369 breites Fortbildungsangebot, das es vor Ort zu nutzen gilt.

## 370 **Grundschule**

371 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch  
372 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in  
373 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden Linke-  
374 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen  
375 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

376 Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die  
377 Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der  
378 Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler:innen  
379 hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten  
380 der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau  
381 nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für  
382 Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

## 383 **Die Linke fordert auf kommunaler Ebene:**

- 384 • sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganzttag,
- 385 • Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und enge  
386 Zusammenarbeit von Sozialarbeiter:innen mit Familien,
- 387 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel,

388 • Die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schüler:innen zu begrenzen.

389 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft  
390 minderen Qualität der Angebote für die Schüler:innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären  
391 Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu  
392 verhindern, sodass Die Linke sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung  
393 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

394 Solange diese nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- 395 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip,
- 396 • die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die  
397 Qualitätsverbesserung.

### 398 **Sekundarstufe I**

399 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

400 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagschulen  
401 abgewiesen. Daher setzen sich Linke für Elternbefragungen ein, nach denen sich die  
402 kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern  
403 auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das  
404 Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

### 405 **Sekundarstufe II**

406 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schüler:innen, um ein breit  
407 gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu  
408 einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu  
409 begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte  
410 und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern  
411 für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

412 Daher setzt sich linke Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die  
413 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Diese Oberstufenzentren könnten auch weit besser als  
414 jetzige gymnasiale Oberstufen mit den Berufskollegs zusammenarbeiten.

### 415 **Inklusion im Bildungsbereich**

416 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

417 Deshalb werden Linke-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die  
418 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation  
419 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

420 Die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion sind so unzureichend, dass sie örtlich teilweise sogar zu  
421 erhöhter Nachfrage nach Förderschulen geführt haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen  
422 sind hier sehr begrenzt, die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so auszustatten, dass sie der  
423 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können.

424 Daher wird linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

425 Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft  
426 ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren  
427 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der

428 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen  
429 sinnvoll gewährleisten zu können.

### 430 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

431 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler:innenanzahl auf die Schulstruktur  
432 massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von Grundschulen,  
433 sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die Schließung. Das Prinzip  
434 „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als Lippenbekenntnis statt!

435 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkinder nachteilige  
436 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich sind kein Hindernis für den Schließungswahn.  
437 Da es schon seit langem keinen reinen Schüler:innenverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im  
438 ÖPNV hinzu.

439 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune  
440 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot  
441 für Fünftklässler:innen machen kann.

442 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität. Die Folgen sind sofort spürbar:  
443 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon mit  
444 Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf dem  
445 Land liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.

446 Daher wird sich linke Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen sowie für  
447 Oberstufenzentren einsetzen, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle  
448 realisierbar.

### 449 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

450 Trotz angeblichem Mangel an Bewerber:innen suchen viele Jugendliche vergeblich einen  
451 Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote,  
452 die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen  
453 der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

454 Hier will linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ  
455 und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen  
456 Anlaufpunkt erhalten.

### 457 **Weiterbildung**

458 Die Linke NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und  
459 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das  
460 Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine  
461 besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung  
462 gerichtet werden müssen.

463 Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere  
464 Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und  
465 Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort  
466 müssen dringend geändert werden.

467

## 468 **1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage**

469 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die  
470 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche  
471 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in  
472 jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen  
473 zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

474 Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative zur Novellierung des  
475 Landesweiterbildungsgesetzes.

476 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am  
477 Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten  
478 tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert.  
479 Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WbG NRW) wie die Pflichtaufgabe, der  
480 Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig gefährdet.

### 481 **Wir fordern:**

- 482 • von der Landesregierung Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages  
483 nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WbG NRW). 1 % des Landesbildungsbudgets soll für die  
484 Förderung der Weiterbildung im Land, für Angebots- und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur  
485 Verfügung stehen, wie dies auch die GEW NRW fordert.
- 486 • von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger, dass sie die  
487 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von  
488 Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich  
489 bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist angesichts  
490 der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend geboten.
- 491 • eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der  
492 öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in  
493 dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-  
494 Kommission“.
- 495 • bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die  
496 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und  
497 für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die länderspezifischen  
498 Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der  
499 Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein  
500 Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern.

### 501 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

502 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich  
503 geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert  
504 werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen  
505 Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung  
506 unterwerfen müssen.

507 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,  
508 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.  
509 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige  
510 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

511 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden  
512 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie im Aufbau und der Anleitung virtueller  
513 Lernnetzwerke.

514 **Wir fordern:**

- 515 • das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur  
516 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sekundarstufe I der  
517 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 518 • Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von  
519 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen  
520 Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant:innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge  
521 zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit  
522 neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnahmeentgelt anzubieten. Die  
523 individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- 524 • Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt immer  
525 mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer  
526 werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge  
527 notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die Angebote in der  
528 Regel entgeltfrei sein.
- 529 • Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am  
530 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der  
531 Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die  
532 Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen.  
533 Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- 534 • Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten  
535 zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und kultursensible  
536 Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit klientenzentrierten Konzepten,  
537 guten Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit  
538 tariflicher Eingruppierung wie bei den Mitarbeiter:innen der Volkshochschulen auch.

539



540 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

541 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen, dass  
542 Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Nach  
543 einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

544 Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse in  
545 feste Stellen und damit eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und  
546 Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

547 **Wir fordern:**

- 548 • den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ein Honorar pro Unterrichtsstunde von  
549 mindestens 45 Euro zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung  
550 kann hier keine Anwendung finden.
- 551 • mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVÖD zu schaffen. Das  
552 setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten  
553 kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die  
554 Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 555 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessensvertretung und Mitbestimmung  
556 für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung (wieder) einzuführen (vgl. den  
557 Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbständigkeit in Deutschland. Aktuelle  
558 Reformoptionen“).

559 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

560 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind  
561 vor Ort. Die Linke vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 562 • Wohnen: Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und  
563 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht  
564 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- 565 • Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an  
566 den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die  
567 Hochschulbedürfnisse.
- 568 • Studierenden-Card: Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch  
569 für Studierende ermöglichen.

## 570 **Thema: Digitalisierung**

[zum Dokumentbeginn](#)

571 Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Digitalisierung, die nicht  
572 in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene Datenhoheit  
573 setzt. Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu und hat doch  
574 Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für  
575 alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein Machtgefälle erschaffen darf  
576 und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere Digitalisierung stärkt die Demokratie,  
577 anstatt sie zu untergraben.

### 578 **Public Money – Public Code**

579 Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und Apple.  
580 Durch Abomodelle und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und Bund) in  
581 einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer weiter Geld  
582 zahlen, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden.

583 Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das  
584 heißt, dass proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch  
585 quelloffene Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt MS Office.

586 Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss  
587 eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigens  
588 Software entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für Spezialanwendungen zur  
589 Hand zu haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische  
590 Aufwand kann durch Kooperation der Kommunen, z. B. über die bestehenden kommunalen  
591 Verbände, für gemeinsame digitale Infrastruktur und Softwarelösungen bewältigt werden. Durch  
592 Quelloffenheit ergibt sich, dass von einer Kommune entwickelte oder verbesserte Software allen  
593 anderen zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit  
594 in Sachen digitale Infrastruktur und Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle  
595 Verwendung öffentlicher Gelder zum Wohle aller.

### 596 **Die Linke fordert:**

- 597 • Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen,
- 598 • Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur,
- 599 • Weiterentwicklung von Open-Source-Lösungen.

### 600 **Verwaltung digitalisieren, aber behutsam**

601 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger:innen und Unternehmen Entlastung  
602 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht  
603 zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards  
604 ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den  
605 öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Es besteht weiterhin ein Recht  
606 auf einen analogen Zugang.

607 Wir streben Datensparsamkeit für Bürger:innen an. Daten sollen nur erhoben werden, wenn sie  
608 wirklich benötigt werden. Wir wollen eine bessere Aufklärung darüber, welche Daten erhoben  
609 werden und explizite Zustimmung.

610 Bürger:innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen. Wir  
611 setzen uns für die Einführung von Transparenzsetzungen ein. Diese müssen von sich aus sämtliche

612 öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter:innen oder  
613 Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Ein solches Portal muss dabei leicht  
614 zugänglich und verständlich sein. Gleichzeitig muss es offene Schnittstellen anbieten. Bürger:innen  
615 können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

616 **Die Linke fordert:**

- 617 • digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen,
- 618 • hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen,
- 619 • Datensouveränität für Bürger:innen.

620 **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

621 Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer noch  
622 fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand sein.

623 Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte digitalen  
624 Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger:innendatenetze und Freifunk wollen wir  
625 unterstützen und fördern.

626 Smart-City-Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf  
627 Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten  
628 Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten sowie die verwendeten Hard- und  
629 Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

630 Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht auf Basis von  
631 Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung vorantreiben. Sie müssen für die  
632 Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und  
633 die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen  
634 von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in einen demokratisch  
635 organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

636 **Die Linke fordert:**

- 637 • Ausbau der Netzinfrastruktur,
- 638 • Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens.

639 **Digitalisierung und Bildung**

640 In der Digitalisierung der Bildung hat sich in den letzten Jahren viel getan. An den meisten Schulen ist  
641 eine Ausstattung mit Geräten erfolgt. Doch ist die Digitalisierung als zusätzliche Aufgabe an den  
642 Lehrkräften hängen geblieben. Wir fordern, dass Schulen eigene Fachkräfte im Bereich  
643 Systemadministration und IT-Support bekommen, die nur für Wartung und technische Hilfestellung  
644 zuständig sind.

645 Wir wollen, dass angeschaffte Geräte möglichst lange verwendet werden, um das Anfallen von  
646 Elektroschrott zu vermeiden. Eingestellte Updates können durch die Installation freier  
647 Betriebssysteme umgangen werden. Auch braucht es an den Schulen Know-how im Bereich der  
648 Reparatur der Geräte. Hier können auch Lehrpersonal und Schüler:innen mit eingebunden werden.

649 Wir brauchen Konzepte für eine bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung. Wenn das Arbeitsblatt  
650 nun von einem Tablet abgelesen wird, anstatt es auszudrucken, dann ist dies kein digitaler Fortschritt,  
651 sondern führt eher dazu, dass Schüler:innen abgelenkt werden. Wir wollen die digitale Bildung  
652 ausweiten, insbesondere müssen Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen  
653 Raum behandelt werden. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing und Medienkompetenz

654 müssen Teil des Lehrplans sein. Außerdem darf die Anschaffung von Apple-Geräten nicht dazu  
655 führen, dass digitale Bildung heißt, die Schüler:innen an einen Hersteller zu gewöhnen. Sie sollen  
656 stattdessen lernen, dass es eine große Bandbreite an (freier) Software gibt. Wir fordern, dass die zur  
657 Verfügung stehenden offenen Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und die  
658 Nutzung proprietärer Plattformen reduziert wird.

659 **Die Linke fordert:**

- 660 • Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support in Schulen,
- 661 • Recht von Lehrer:innen auf Weiterbildung zum Thema Digitalisierung,
- 662 • umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität,
- 663 Medienkompetenz und Cybermobbing,
- 664 • keine Herstellerabhängigkeit an Schulen.

665 **KI nur maßvoll einsetzen**

666 Wir fordern, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche  
667 Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype und es werden in vielen Bereichen KI-Lösungen vorgeschlagen,  
668 die besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine zuverlässig korrekten  
669 Antworten, ist äußerst rechenaufwändig und hat damit einen hohen Energiebedarf. Hinzu kommen  
670 diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-System zu seinen Entscheidungen  
671 kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

672 Da KI immer auf bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen sexistischen,  
673 rassistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden dann von den KI-Systemen in  
674 ihren Entscheidungen wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI eingesetzt wird, muss  
675 sichergestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns  
676 gegen die Übergabe von kompletten Personendaten in KI-Anwendungen. Belange des Datenschutzes  
677 und des Urheberrechtes müssen ebenso immer berücksichtigt werden. Es muss auch im Vorhinein  
678 geklärt sein, wie und wann neue Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute  
679 Training der KI auf neuen Daten äußerst aufwändig ist.

680 **Die Linke fordert:**

- 681 • Bevorzugung von Programmen, die ohne generative KI arbeiten,
- 682 • Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt.

683 **Cybersecurity**

684 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind  
685 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere digitale Infrastruktur kann es  
686 keine Datensicherheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger:innen und Unternehmen dabei  
687 unterstützen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen bei diesem Thema zusammenarbeiten.

688 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe  
689 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten und  
690 zivilgesellschaftlichen Gruppen geschehen. Ein wichtiger Teil von Cybersicherheit sind dabei die  
691 Menschen, die mit den Systemen arbeiten. Hier braucht es verpflichtende Schulungen für  
692 Mitarbeiter:innen, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger:innen.

693 **Überwachung verhindern**

694 Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine Videoüberwachung im  
695 öffentlichen Raum, insbesondere wenn diese mit „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden

696 sollen. Wir stellen uns gegen Projekte der Polizei, in denen sie einzelne Straßen kurzfristig oder  
697 dauerhaft videoüberwachen. Wir sind auch gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die  
698 mit weiterer Überwachung einhergehen, wie z. B. die Einführung von Bodycams.

699 **Die Linke fordert:**

- 700 • keine Videoüberwachung,
- 701 • keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst.

## 702 **Thema: Frieden**

zum Dokumentbeginn

### 703 **Städte und Gemeinden für Frieden und globale Gerechtigkeit**

704 Internationale Politik ist Bundesaufgabe. Trotzdem fragen sich viele Menschen, was sie in ihrer Stadt  
705 oder Gemeinde tun können, um sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen. Und da  
706 gibt es eine ganze Menge mehr, als man so denkt.

707 Die Linke widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der umfassenden  
708 Militarisierung der Gesellschaft und setzt sich für eine friedensfähige Gesellschaft ein. Wir wehren  
709 uns nicht nur gegen die Aufstockung der Militärausgaben und die damit einhergehende Kürzung von  
710 Sozialausgaben, sondern gegen die Mobilmachung der Bevölkerung für den Krieg: Wiedereinführung  
711 der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um Kinder auf den Krieg einzustimmen, die  
712 Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten – all das soll der Kriegstauglichkeit der Gesellschaft  
713 dienen. Sogar Krankenhäuser sollen nun für den Kriegsfall „ertüchtigt“ werden, dabei steht schon die  
714 Versorgung der Bevölkerung im Normalfall infrage.

715 Wir Linken setzen uns in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass die Städte, Kreise und  
716 Gemeinden das Friedensengagement ihrer Bewohner:innen aktiv unterstützen. Das geht zum Beispiel  
717 so:

- 718 • Wir fordern ein, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sich zur atomwaffenfreien  
719 Zone erklären und den Städteappell der Internationalen Kampagne zum Atomwaffenverbot  
720 (ICAN) unterschreiben.
- 721 • Wir engagieren uns gegen die Anlage städtischer Gelder in Finanzprodukten, die im  
722 Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie, der Atomindustrie und den fossilen  
723 Energiekonzernen stehen.
- 724 • Wir engagieren uns gegen Standorterweiterungen von Rüstungskonzernen und  
725 Militärstandorten und setzen uns für die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ein  
726 (Rüstungskonversion).
- 727 • Wir streiten gegen die Militarisierung von Verwaltung, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen  
728 und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel für Bunkerbau. Der Katastrophenschutz muss  
729 ausgebaut werden und zivil bleiben. Zivil-militärische Übungen lehnen wir ab.
- 730 • Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen und bei Jobmessen für  
731 Schüler:innen und setzen uns für Erziehung zum Frieden und für gewaltfreie Konfliktaustragung  
732 ein. Wir informieren Jugendliche und Eltern über ihr Recht, die Weitergabe von  
733 Meldeamtsdaten an die Bundeswehr zu untersagen.
- 734 • Wir fördern Projekte von Bildungs- und Kultureinrichtungen, in denen sich mit den Ursachen  
735 und Folgen von Krieg, Aufrüstung und gesellschaftlicher Militarisierung beschäftigt wird.
- 736 • Wir hören den Menschen zu, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind und  
737 beziehen sie als wichtige Augenzeug:innen in die kommunale Friedensarbeit ein. Mit  
738 migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch Verfolgte  
739 und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zusammen.
- 740 • Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von psychosozialen Zentren für Kriegs- und  
741 Folteropfer und setzen uns dafür ein, dass auch Bund und Land hier wieder mehr finanzieren.
- 742 • Wir schützen verfolgte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in unsere Kommune  
743 geflohen sind, vor der Abschiebung in ihr Herkunftsland, egal ob sie aus Russland, Belarus, der  
744 Ukraine, dem Sudan, Syrien oder Eritrea kommen.

- 745
- 746
- 747
- 748
- 749
- 750
- 751
- 752
- 753
- 754
- 755
- 756
- 757
- 758
- 759
- 760
- Wir pflegen internationale Beziehungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und werben auch in diesem Rahmen für Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung des Friedens, Abrüstung und globale Gerechtigkeit.
  - Wir treten dafür ein, dass Waren aus fairem Handel in städtischen Einrichtungen wie Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken oder bei Volksfesten einen festen Platz auf den Einkaufslisten erhalten. Wir unterstützen nicht kommerzielle Fair-Trade-Läden.
  - In Hochschulstädten kämpfen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten für starke Zivilklauseln, die Forschung und Lehre zugunsten von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ausschließen.
  - Wir dulden keine Gewaltverherrlichung und keine Relativierung von Kriegsverbrechen oder Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den Menschenrechten ist eindeutig: Wir stehen immer an der Seite derjenigen, denen Menschenrechte vorenthalten werden.
  - Wir stellen uns gegen jegliche Kooperationen von Rüstungskonzernen mit kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen und Bildungsstätten.

762 **Das Leben ins Zentrum stellen: Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

763 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen  
764 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen  
765 Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der  
766 nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 17 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in  
767 Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und Menschenrechtsverletzungen sind  
768 kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden  
769 müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein nicht aus. Die kommunale Politik muss dabei die Bedarfe  
770 von trans, inter und nicht-binären Personen ausdrücklich mitdenken. Geschlechtergerechtigkeit  
771 umfasst alle Geschlechter und muss aktiv gefördert werden.

772 Die ehemals klaren Grenzen zwischen den Bereichen Arbeit und Privatleben verwischen, verstärkt  
773 durch die zunehmende Arbeit im Homeoffice. Ein selbstbestimmtes Leben aber erfordert ein  
774 eigenständiges Bestimmen über die eigene Zeit: für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit für Familie, Bildung  
775 und Engagement im Kultur- und auch im politischen Bereich und für die eigene Erholung. Das setzt  
776 eine Tätigkeit mit einem existenzsichernden Einkommen voraus.

777 Die Realität sieht anders aus: Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer  
778 Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleinerziehenden. Die  
779 geringe Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten tragen dazu bei, dass Frauen dann auch  
780 im Alter mit Armutsrenten auskommen müssen.

781 Der erste mögliche Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Aufteilung von bezahlter und  
782 unbezahlter (Pflege)Arbeit ist die Erwerbszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden für Frauen und  
783 Männer bei vollem Lohnausgleich, gleichwertiger Bezahlung und familien- und bildungsfreundlichen  
784 Arbeitszeitmodellen.

785 Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen müssen durch eine würdige  
786 Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

787 Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich, um  
788 diese Diskriminierungen aufzuheben. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene  
789 Lebenssituation ist zu garantieren.

790 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere  
791 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen  
792 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und unterstützen die  
793 Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der  
794 Medizin durchführen.

795 **Die Linke fordert:**

- 796 • das Ende der Benachteiligungen und der Armut von Frauen durch Niedriglöhne; insbesondere  
797 Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung,
- 798 • Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor Ort, unter  
799 anderem bei der Wohnungsbeschaffung,
- 800 • einen langfristig bezahlbaren Wohnraum,
- 801 • die Sicherung bestehender Wohnmöglichkeiten,
- 802 • die Sicherstellung von Betreuungsplätzen in Kitas und den weiteren Kita-Ausbau, sowie  
803 verlässliche Betreuungszeiten,



- 804 • eine Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall,
- 805 • den Erhalt von wohnortnahen Krankenhäusern und solchen mit Geburtsabteilungen,
- 806 • die Unterstützung für Hebammen sowie den freien Zugang zu Beratungsstellen, Arztpraxen und
- 807 anderen Einrichtungen,
- 808 • die Rekommunalisierung der Pflegeeinrichtungen und das Profitverbot in der Altenpflege,
- 809 • die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum, z. B. durch Straßenbeleuchtung,
- 810 Notrufsäulen, kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

## 811 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

812 Der Schutz von Frauen, Transpersonen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss  
 813 auf kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und  
 814 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie  
 815 Beratungsstellen muss sichergestellt werden sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung  
 816 stehen. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,  
 817 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche  
 818 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig  
 819 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von  
 820 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

821 Schutz- und Hilfeeinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu finanzieren. Das  
 822 weitverbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten über Tagessätze muss  
 823 endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und  
 824 darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind längst Bestandteil  
 825 internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in  
 826 der Pflicht steht.

827 Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter  
 828 für das Thema patriarchale Gewalt, von der primär Frauen und queere Personen betroffen sind,  
 829 sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz einheitlich umgesetzt wird. Besondere  
 830 Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von  
 831 Gewalt betroffen sind.

832 Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen  
 833 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in  
 834 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft werden.

## 835 **Die Linke fordert:**

- 836 • die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung,
- 837 • die Unterstützung von Frauenprojekten statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen,
- 838 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen,
- 839 • den Ausbau der Beratungsangebote und der Förderung von jungen Frauen,
- 840 • die existenzsichernde Unterstützung der bestehenden Frauenhäuser,
- 841 • die Anzahl der Frauenhäuser zu erweitern,
- 842 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen,
- 843 • die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln,
- 844 • die Abgabe von Verhütungsmitteln auf Rezept ohne Zuzahlung,
- 845 • die Quotierung von Entscheidungsgremien und keine Beschränkungen der Teilhabe von Frauen
- 846 an politischen Diskursen und Entscheidungen.

847

## 848 **Thema: Gesundheit**

zum Dokumentbeginn

849 Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser von Wirtschaftlichkeit geprägtes und über  
850 Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der Vergangenheit  
851 als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen ist es seit  
852 Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem zu erweitern  
853 und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich inzwischen deutlich  
854 unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im Altenpflegebereich und die  
855 in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der Grundversorgung ganz besonders.

856 Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen: Überlastete  
857 Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf Facharzttermine und  
858 steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern dringende Maßnahmen.  
859 Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg zur Entbindung fürchten und  
860 Eltern, die verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr schwer erkranktes Kind suchen, zeigen  
861 die sich weiter zuspitzende Lage der Gesundheitsversorgung. Die aktuellen Reformen sind  
862 unzureichend und verschärfen die Probleme. Eine Krankenhausreform, die auf Zentralisierung setzt  
863 und ländliche Regionen vernachlässigt, sowie eine Apothekenreform, die die Qualität der Beratung  
864 mindert, führen nicht zu einer besseren Versorgung.

865 Die Linke sagt: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss entsprechend organisiert  
866 werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns für  
867 ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und eine  
868 solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft, in die Alle einzahlen und von der alle  
869 Mitglieder profitieren.

870 Eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und  
871 Krankenhäusern besonders im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Von den Landkreisen betriebene  
872 Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen sind einzurichten.

### 873 **Für gesunde Städte und Gemeinden wollen wir:**

- 874 • bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung,
- 875 • Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand,
- 876 • Stärkung kommunalpolitischen Handelns für gezielte Gesundheitsbildung und  
877 -förderung vor Ort, besonders in Kitas und Schulen,
- 878 • regionale Gesundheitskonferenzen zur gemeinsamen Planung von Angeboten,
- 879 • mobile Arztpraxen und ambulant-stationäre Versorgungszentren,
- 880 • kommunale Gesundheitszentren mit bei den Kommunen oder Landkreisen angestelltem  
881 medizinischen Personal.

882 **Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene** muss die gesundheitliche Ungleichheit besonders da  
883 bekämpfen, wo Armut krank macht: Auf dem Land, wie in den Stadtteilen und großen  
884 Wohnquartieren ist die pflegerische und gesundheitliche Versorgung mit sozialer Beratung zu  
885 verknüpfen und durch entsprechendes Fachpersonal zu koordinieren.

886 Die Politik vor Ort braucht hierfür finanzielle Mittel und rechtliche Kompetenzen. Vorschläge wie  
887 besondere Ambulanzen für Unversicherte und kommunale Übernahme freier Arztsitze sind  
888 notwendig. Das System der Kassenärztlichen Vereinigungen muss reformiert und zumindest zur  
889 kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

890 **Gute Gesundheitsversorgung auf dem Land** erfordert mobile Praxen und spezialisierte  
891 Gesundheitsfachkräfte. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist entscheidend, um  
892 Schließungen zu verhindern und die demokratische Planung zu gewährleisten.

893 **Pflege kommunal unterstützen:** Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege. Diese  
894 überwiegend in die Hände von Angehörigen zu geben ist nur verantwortlich, wenn fachliche  
895 Begleitung und Unterstützung organisiert und finanziert ist. Die Linke fordert eine solidarische  
896 Pflegeversicherung auf Bundesebene und will vor Ort kommunale Pflegeeinrichtungen stärken.

897 **Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist die wirksamste  
898 Präventionsmaßnahme. In kommunalen Jobcentern sollte die Gesundheit von Armutsbetroffenen im  
899 Fokus stehen. Die Priorität muss auf Ermutigung liegen, nicht auf Sanktionen.

900 **Zugang zu Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüchen sichern:** Ungewollt  
901 Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere Schwangerschaftsabbrüche.  
902 Deswegen fördern wir in den Kommunen Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell  
903 gebundenen Trägern und unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die  
904 Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der Medizin durchführen.

905 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik** setzt sich Die Linke für eine umfassende Regulierung  
906 aller Drogen ein. Suchtprävention muss auf kommunaler Ebene stattfinden und auch die  
907 Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken infrage stellen. Ambulante Suchthilfe muss als Teil der  
908 kommunalen Daseinsvorsorge finanziert und ausgebaut werden.

910 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

911 Seit 2008 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von Deutschland unterzeichnet  
912 worden ist. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den  
913 vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit  
914 Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen  
915 innewohnenden Würde zu fördern.

916 In der Staatenprüfung 2023 in Genf stellte der zuständige Fachausschuss der UN fest, dass es in  
917 Deutschland erhebliche Mängel in der Umsetzung der Rechte für Menschen mit Behinderungen und  
918 in der Barrierefreiheit gibt. Es gibt immer noch Förderschulen, es gibt keinen inklusiven Arbeitsmarkt  
919 und Geflüchtete mit Behinderungen bekommen keine ihrer Beeinträchtigung entsprechende  
920 Gesundheitsversorgung.

921 Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW. Aber immer noch gibt es in NRW z. B. zu  
922 wenig barrierefreie Wohnungen oder einen Maßregelvollzug, der Menschen mit Behinderungen bei  
923 der gleichen Straftat länger die Freiheit entzieht als Menschen ohne Behinderungen.

924 Wir wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein in NRW  
925 für alle Menschen, mit oder ohne Behinderungen so verändern, dass die Teilhabe an allen  
926 gesellschaftlichen Bereichen, dass ein barrierefreies und inklusives Leben gewährleistet ist.

927 Mit dem Landeshaushalt 2025 hat die Landesregierung von CDU und GRÜNEN die Teilhabe für viele  
928 Menschen erheblich verschlechtert: Im Bereich der Inklusion wurden z. B. die Mittel für die berufliche  
929 Inklusion, die Agentur Barrierefrei und die Mittel für die Gleichstellung von Menschen mit  
930 Behinderungen massiv gekürzt, teilweise über 50 %!

931 Als Linke streiten wir für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung und viele andere  
932 Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm sind, alt oder jung, eine andere  
933 Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere geschlechtliche Orientierung haben.

934 Wir treten entschieden ein für eine vielfältige Gesellschaft.

935 Dazu gehören:

- 936 • die barrierefreie, inklusive, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft,
- 937 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Ergebnisses der Staatenprüfung  
938 in Genf.

939 Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

940 Was wir dafür brauchen, ist ein echtes Teilhabekonzept, nicht einen halbherzigen „Aktionsplan NRW  
941 inklusiv“, das

- 942 • bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet,
- 943 • gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

944 Dafür muss ein umfassender Inklusionsplan erarbeitet werden, ausgestattet mit ausreichend  
945 personellen und finanziellen Ressourcen, der danach konsequent umgesetzt wird.

946

## 947 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

948 Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt  
949 inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie  
950 barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

951 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt werden, müssen nach  
952 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie  
953 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1.  
954 Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld  
955 geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört  
956 auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche  
957 Leistung. Dabei muss eine individuelle Lösung für jede Person ermöglicht werden.

958 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle  
959 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen  
960 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senior:innen,  
961 Fahrradfahrer:innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle  
962 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente  
963 beantragen.

## 964 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

- 965 • Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der  
966 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne  
967 Behinderungen gleichermaßen,
- 968 • Schulung von Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung  
969 zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben,  
970 lernen und arbeiten können,
- 971 • Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um  
972 auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie das Verständnis für Menschen mit  
973 Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern,
- 974 • umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, z. B.  
975 Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen),
- 976 • Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen  
977 demokratisch gewählt werden und die Rederecht und Antragsrechte in den Räten und  
978 Ausschüssen haben,
- 979 • Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragten in jeder Kommune; diese:r soll u. a.  
980 Ansprechpartner:in für alle Bezugsgruppen sein,
- 981 • die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations-, Senioren-  
982 und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen zusammenarbeiten  
983 können.

## 984 **Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- 985 • flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior:innen und Menschen mit  
986 Behinderungen, zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür, damit sie  
987 die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen,
- 988 • systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung  
989 der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen,

- 990 • Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
- 991 barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW eingeschaltet
- 992 werden.
- 993 • Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen und
- 994 optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle,
- 995 • flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
- 996 ganzen öffentlichen Raum,
- 997 • Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe,
- 998 • verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit
- 999 mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln,
- 1000 • Umrüstung der Fahrzeuge und Haltestellen des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit,
- 1001 • Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und
- 1002 Dienstleistungen,
- 1003 • Schulung der Fahrer:innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und Menschen mit
- 1004 Behinderungen.

1005 **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- 1006 • Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung,
- 1007 • barrierefreier Ausbau der Stadtbibliotheken und bedarfsgerechte Ausstattung mit
- 1008 barrierefreien Medien, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher
- 1009 Sprache, Brailleschrift und in anderen Sprachen,
- 1010 • Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen,
- 1011 • Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für Menschen
- 1012 mit Behinderungen in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen,
- 1013 • Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Caterings von Schulen und öffentlichen
- 1014 Einrichtungen an Inklusionsbetriebe,
- 1015 • Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter.

1016 **Gesundheit und Pflege:**

- 1017 • „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 1018 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen
- 1019 Wohnungsbaugesellschaften,
- 1020 • Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von
- 1021 Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen,
- 1022 • Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und
- 1023 Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser).

1024 **Beratung, Kommunikation und Information:**

- 1025 • es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die
- 1026 Webseite bis zum Gebäude,
- 1027 • Beratungsangebote in Leichter Sprache,
- 1028 • sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein,
- 1029 • alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als
- 1030 Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger:innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten
- 1031 können,
- 1032 • alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein,
- 1033 einschließlich Gebärdensprachdolmetschen bei Bedarf,

- 1034
- 1035
- Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB, Rechtsanwälte etc.).

## 1036 **Thema: Kinder und Jugend**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 1037 **Städte und Gemeinden fit machen für die nächste Generation**

1038 Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-  
1039 Westfalens gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein auf  
1040 ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die  
1041 Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und nach  
1042 seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der Kinder- und  
1043 Jugendhilfe katastrophal.

### 1044 **Jedem Kind einen Kita-Platz**

1045 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kann in unseren Städten und Gemeinden vielfach nicht  
1046 gewährleistet werden. Noch immer müssen einige Eltern den Platz für ihr Kind erst einklagen. Das  
1047 Problem des Personalmangels bekommt die Landesregierung seit Jahren nicht in den Griff. Immer  
1048 öfter müssen die Kitas deshalb ihr Angebot einschränken. Wir brauchen also dringend weitere  
1049 Maßnahmen des Landes zur Überwindung des Personalmangels. Dazu gehören auch intelligente  
1050 Konzepte der Kommunen, um die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal zu verbessern.  
1051 Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter Nordrhein-Westfalens die Beschäftigten so  
1052 unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund ausüben können. Kitas  
1053 sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem beschäftigt sind, sondern  
1054 wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen Lernens, denn das beginnt nicht  
1055 erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach deshalb auch für alle Kinder komplett  
1056 gebührenfrei sein.

### 1057 **Kinderarmut wirksam bekämpfen!**

1058 NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen.  
1059 Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit  
1060 Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf  
1061 ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus  
1062 zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um den  
1063 Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute Zukunftsperspektiven  
1064 zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in diesem Bereich sogar drastisch  
1065 kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und damit die Konflikte im Land.

1066 Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir brauchen  
1067 nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale Einrichtungen  
1068 sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche verzichten. Ein  
1069 diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien unkompliziert ausgegeben  
1070 werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Theater und  
1071 andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte und Gemeinden in NRW  
1072 zusammenarbeiten und ihre Berechtigungsnachweise gegenseitig anerkennen.

1073 Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein  
1074 kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

1075 Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise  
1076 richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus. Wir brauchen  
1077 dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für  
1078 Kinder und Jugendliche.



1079 **Jedem Kind ein gutes Zuhause**

1080 Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und  
1081 gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt. Doch  
1082 die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in dieser Zeit  
1083 nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor ihrer eigenen  
1084 Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise Unterbringungsmöglichkeiten,  
1085 dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch ein guter Platz für ein  
1086 schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen dringend stärker  
1087 unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute Unterbringungsmöglichkeiten  
1088 geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen gerecht  
1089 werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter enger interkommunal  
1090 zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die Angebote der Kinder- und  
1091 Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden zugeschnitten  
1092 werden.

1093 **Unsere Städte und Gemeinden gehören nicht nur den Erwachsenen**

1094 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können, auch die  
1095 jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht nur am Autoverkehr orientieren, sondern  
1096 für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung, getrennten Radwegen und  
1097 weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung, dafür aber mehr Grün- und  
1098 Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen dazu besonders in  
1099 benachteiligte Sozialräume und deren Aufwertung fließen.

1100 Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen  
1101 Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer  
1102 das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also in unseren  
1103 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei sie  
1104 betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und  
1105 Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können, müssen  
1106 besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden.

1107 **Thema: Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz zum Beginn**

1108 **Umwelt und Natur** sind wie nie zuvor bedroht. Auch Teile von NRW waren in den vergangenen Jahren  
1109 von verheerenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder leugnen noch  
1110 vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen  
1111 großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels  
1112 vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn Klimaschutz, den sich nur  
1113 Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle nicht weiter. Unsere linke  
1114 Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und  
1115 dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu  
1116 tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO<sub>2</sub>-Neutralität  
1117 der Kommunen bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

1118 **Kommunaler Klimaschutz**

1119 Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise  
1120 anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft,  
1121 Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte sowie eine dezentrale Energieversorgung.

1122 Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns vor  
1123 den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können, ist nicht  
1124 zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne erforderlich.  
1125 Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit kapitalistischer  
1126 Profitwirtschaft nicht gelingen.

1127 Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner:innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir  
1128 gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser  
1129 schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und  
1130 Artenschutz leisten.

1131 Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr,  
1132 Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement und vieles  
1133 andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des  
1134 kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen. Wir brauchen ab sofort

- 1135 • die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035,
- 1136 • die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen,
- 1137 • ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern.

1138 Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus hin zu Gemeinwohlorientierung,  
1139 kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

1140 **Schutz vor den Folgen des Klimawandels**

1141 Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten.  
1142 Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden.  
1143 Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen  
1144 erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden, wie mehr Bäume gepflanzt sowie Fassaden  
1145 und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt.  
1146 Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für  
1147 Vögel und Insekten schaffen.

1148 Gegen Starkregenereignisse wie z. B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die  
1149 Bevölkerung muss für die Gefahren sensibilisiert, Starkregengefahrenkarten angelegt,  
1150 Frühwarnsysteme eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche Maßnahmen gegen  
1151 Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer müssen ebenso  
1152 renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

1153 Digitale Hochwasser- und Starkregenwarnsysteme müssen ausgebaut und mit Echtzeit-Informationen  
1154 für die Bürger:innen ausgestattet werden. Die Vernetzung zwischen Rettungskräften, Kommunen und  
1155 Anwohner:innen muss verbessert werden, damit im Ernstfall schnell und koordiniert reagiert werden  
1156 kann. Warnungen müssen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Vorbildung oder Muttersprache  
1157 – verständlich sein, indem sie in einfacher Sprache barrierefrei bereitgestellt werden, damit klar ist,  
1158 welche Warnstufen welche Gefahr bedeuten und welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind.  
1159 Gleichzeitig müssen Warnsysteme präziser werden, indem sie gezielt betroffene Gebiete statt ganze  
1160 Landkreise informieren. Notfallpläne für besonders betroffene Gebiete sowie Aufklärungskampagnen  
1161 und Schulungen sind notwendig, um die Bevölkerung für Gefahren zu sensibilisieren und konkrete  
1162 Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

- 1163 • Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft, wie  
1164 z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser  
1165 Einrichtungen werden ergriffen.
- 1166 • Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt, sofern  
1167 sie noch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung angepasst sind.
- 1168 • Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie  
1169 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 1170 • Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

### 1171 **Agrarpolitik**

1172 Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert  
1173 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des  
1174 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

1175 Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- 1176 • Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen  
1177 künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland soll  
1178 ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden. Nicht  
1179 verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und  
1180 Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den kommenden  
1181 zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 1182 • Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch  
1183 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der  
1184 Region.
- 1185 • Linke Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung aller öffentlichen Kantinen,  
1186 Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche ökologische, saisonal und regional erzeugte  
1187 Nahrungsmittel an.
- 1188 • Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah  
1189 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur  
1190 überlassen werden.

- 1191 • Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als  
1192 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und  
1193 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen  
1194 vermieden werden.
- 1195 • Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete  
1196 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre  
1197 Entsiegelung zu erreichen.

## 1198 **Energiepolitik**

1199 Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,  
1200 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel  
1201 unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und  
1202 darf nicht profitorientiert sein.

1203 Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- 1204 • Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle. Den  
1205 Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.  
1206 Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Einwohner:innen, um den  
1207 wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf  
1208 Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen durch die  
1209 Energieversorger bei Zahlungsrückständen.
- 1210 • Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.  
1211 Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke  
1212 Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwerfen, wie sie bis zum Jahr 2030  
1213 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und  
1214 Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers  
1215 versorgt werden.
- 1216 • Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die  
1217 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und  
1218 Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- 1219 • Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO<sub>2</sub>-Reduktion und den  
1220 Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die  
1221 Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO<sub>2</sub>-  
1222 Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben  
1223 wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller  
1224 Ausstattung geschaffen.
- 1225 • Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf  
1226 Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 1227 • Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer  
1228 Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- 1229 • Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen  
1230 sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardachpotential-Kataster. Sie  
1231 verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude  
1232 einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt,  
1233 Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des  
1234 städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer  
1235 Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private

1236 Bauherr:innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen  
1237 verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei  
1238 Neubauten sollte angestrebt werden.

1239 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000  
1240 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete mit  
1241 bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Als Linke setzen wir uns dafür ein,  
1242 dass dieser sozial verträglich gestaltet ist.

1243 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine  
1244 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen  
1245 umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter:innen und  
1246 Eigenheimbesitzer:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für  
1247 alle muss bezahlbar sein. Mieter:innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir  
1248 CO<sub>2</sub>-Preise im Wärmebereich ab.

1249 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen  
1250 ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die  
1251 Menschen nicht allein lassen: Kein:e Normalverdiener:in darf durch Klimaschutz finanziell  
1252 mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten  
1253 für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung  
1254 der Bürger:innen, Mieter:innen und Umweltverbände.

1255 Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf  
1256 Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung  
1257 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen bekommen den  
1258 Heizungstausch mit bis zu 100 % bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für  
1259 einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel  
1260 82 % der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42 % der Kosten erstatten, inklusive des  
1261 Tauschs der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte  
1262 Kredite der KfW, so dass Mehrkosten für das Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten  
1263 für effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können.  
1264 Spitzenverdiener:innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer  
1265 Luxusvillen selbst bezahlen.

## 1266 **Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben**

1267 In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In unseren  
1268 Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das  
1269 Insektensterben muss aufgehalten werden.

1270 Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum Schutz  
1271 und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört unter anderem:

- 1272 • In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine Pestizide  
1273 eingesetzt werden.
- 1274 • Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
- 1275 • Bestehende Biotope müssen verbunden werden.
- 1276 • Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für wandernde  
1277 Arten anbieten.
- 1278 • Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.

- 1279 • Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der Luchs,  
1280 müssen wieder angesiedelt werden.
- 1281 • Die Ausbreitung invasiver Arten wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc. muss in  
1282 ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten beobachtet und  
1283 bewertet werden.

1284 **Tierschutzpolitik**

1285 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt  
1286 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere  
1287 die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben  
1288 unterworfen.

1289 Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der  
1290 Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche  
1291 Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische  
1292 Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent  
1293 artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert  
1294 wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale  
1295 Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

1296 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem  
1297 Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für linke Kommunalpolitik:

- 1298 • keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inklusive Ponykarussells auf Volksfesten,
- 1299 • Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen,
- 1300 • Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin,
- 1301 • soziale Staffelung der Hundesteuer,
- 1302 • kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen,
- 1303 • Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten,
- 1304 • Erstellung eines Stadtaubenkonzeptes,
- 1305 • keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken,
- 1306 • Verbot von Reptilienbörsen,
- 1307 • Verpflichtung für Zoos, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die Haltung nicht zu  
1308 genehmigen,
- 1309 • Schließung von Delphinarien,
- 1310 • Unterordnung der Silvesterböllerei unter den Tier- und Umweltschutz.

## 1311 **Thema: Kultur**

zum Dokumentbeginn

### 1312 **Kunst und Kultur für Alle**

1313 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist im Wandel begriffen und bietet uns einen breiten  
1314 Zugang zur Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen, die es zu entdecken gilt. Die Diversität von  
1315 Kunst und Kultur, die wir persönlich und unsere Mitbürger:innen mit internationaler  
1316 Familiengeschichte mitbringen, prägen unser Zusammenleben und verändern es. Diese Vielfalt ist für  
1317 Die Linke im Rahmen ihrer Kommunalpolitik ein bedeutender Bestandteil. Wir nutzen hierbei, dass  
1318 der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen nach Art. 18 der Landesverfassung NRW-  
1319 Verfassungsrang genießt.

### 1320 **Bedeutung von Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1321 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den  
1322 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und  
1323 unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Konzerthäuser,  
1324 Tanzbühnen und Museen müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen.  
1325 Auch freie Träger, Spielstätten, Initiativen und weitere Akteure der freien Szene sind derzeit durch  
1326 massive Kürzungen bedroht. Daran ändert auch das vom Land verabschiedete Kulturfördergesetz  
1327 wenig. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten  
1328 auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die  
1329 erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1330 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im  
1331 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem  
1332 Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit, Wahrheit,  
1333 den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht politisch  
1334 instrumentalisiert werden.

1335 Kulturelle Förderung muss unabhängig von politischen Machtinteressen gewährleistet sein und darf  
1336 nicht als Mittel zur Einschränkung unliebsamer Akteur:innen genutzt werden. Die Bekämpfung  
1337 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Sexismus, Rassismus und Antisemitismus, muss  
1338 als integraler Bestandteil der Kulturförderung anerkannt bleiben.

1339 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die  
1340 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik  
1341 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des  
1342 Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten  
1343 verpflichtet. Kulturpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen,  
1344 ihre Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur,  
1345 selbstverwalteten Bürger:innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien,  
1346 von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis  
1347 zur Theaterarbeit müssen ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt  
1348 werden.

### 1349 **Finanzierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum**

1350 Die Kommunen erhalten über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen Aufgaben.  
1351 Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen Aufgaben zu  
1352 finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden, sind zudem höchst  
1353 unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten Stärkungspaktgesetz

1354 unterliegen, können leider nur wenig Geld für Kultur ausgeben, weil die zur Verfügung stehenden  
1355 Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So kann kreative Vielfalt nur begrenzt gelebt  
1356 werden und der kulturelle Verfassungsauftrag des Landes NRW wird unterlaufen. Auch hier zeigt sich  
1357 besonders die Wichtigkeit der von uns seit Jahren geforderten Altschuldenentlastung der Kommunen  
1358 im Land.

1359 **Die Linke fordert:**

- 1360 • sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell,
- 1361 • Ausbau von Kulturangeboten in den Stadtteilen, auf dem Land und besonders an Orten, wo der
- 1362 Zugang zu Theatern, Konzerten und Ausstellungen nicht selbstverständlich ist,
- 1363 • institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler:innen und Kultureinrichtungen,
- 1364 • Orientierung kommunaler Förderprogramme an der neuen Honorarmatrix des Landes NRW
- 1365 und Sicherstellung, dass Honoraruntergrenzen eingehalten werden. Dabei darf es nicht zu einer
- 1366 Reduzierung kultureller Projekte und Initiativen kommen.
- 1367 • kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer
- 1368 Finanzierung,
- 1369 • Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer
- 1370 Musikschulen,
- 1371 • Bereitstellung von Ausstellungs- und Probenräumen für die freie Szene (Nutzung von
- 1372 Leerständen),
- 1373 • Schaffung von Ausstellungsflächen für die freien Künstler:innen,
- 1374 • Sicherung der kommunalen Zuschüsse für örtliche Kunst- und Kulturvereine,
- 1375 • Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen, die
- 1376 sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen,
- 1377 • Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti,
- 1378 • Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in den Kommunen an und fordern,
- 1379 sie auf entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben.

1380 **Kulturschaffende absichern**

1381 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine  
1382 Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären Bedingungen.  
1383 Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten Palette von  
1384 Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

1385 Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld die  
1386 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem internationalen  
1387 Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen weit  
1388 unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen Entwicklung  
1389 beitragen könnten.

1390 **Die Linke setzt sich ein für:**

- 1391 • die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben,
- 1392 • die Festanstellung von Künstler:innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen, zumal
- 1393 die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt,
- 1394 • die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor. Auch in diesem Arbeitsfeld
- 1395 fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer.

1396



1397 **Kulturelle Teilhabe ist mehr!**

1398 Teilhabe an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für  
1399 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur  
1400 beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und  
1401 entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist  
1402 individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede  
1403 existieren weiterhin.

1404 Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt, begleitet uns in der  
1405 Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen mit vielfältigen  
1406 Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle  
1407 Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen  
1408 Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1409 **Linke Kommunalpolitik fordert:**

- 1410 • freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes,
- 1411 • freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für  
1412 Leistungsbezieher:innen (SGB II, SGB XII, Schüler:innen, Student:innen und Rentner:innen),
- 1413 • Ausbau der öffentlichen und freien musischen Förderung von Kindern von  
1414 Leistungsbezieher:innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

1415 **Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unsers Lebens!**

1416 Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik in den Gemeinden, den Städten und im Land,  
1417 neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt und ihre Teilhabe  
1418 zum Wohle aller Menschen im Fokus behalten.

1419 **Thema: Ländlicher Raum**

[zum Dokumentbeginn](#)

1420 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

1421 In den Kleinstädten und Dörfern in Nordrhein-Westfalen fehlt eine gute Anbindung an das öffentliche  
1422 Verkehrsnetz, die Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und  
1423 Sportstätten. Dezentrale Ortsteile und Dörfer werden so zu reinen Wohn- und Schlafstätten, die man  
1424 fast nur verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärztin oder dem Arzt, zum Einkaufen, Kino, Theater  
1425 oder zum Sport zu fahren.

1426 Die Linke setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein. Die  
1427 öffentliche Hand muss in die Infrastruktur der Kommunen massiv und nachhaltig investieren. NRW  
1428 braucht einen Masterplan für einen lebenswerten ländlichen Raum, welcher sich lokal angepasst an  
1429 den Bedürfnissen der Menschen orientiert und für ausreichende Versorgung und eine gesunde Natur  
1430 sorgt.

1431 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Menschen  
1432 werden ins Umland vertrieben, weil sie in den Kleinstädten keine bezahlbaren Wohnungen finden.

1433 Entsprechend ist das Recht auf Mobilität hier von besonderer Bedeutung. Auf dem Land fehlt eine  
1434 gute Anbindung an den ÖPNV. Alle Dörfer und Ortsteile müssen gut getaktete Buslinien bekommen.  
1435 Mit mehr Linienbussen, Bedarfs- und Bürger:innenbussen sowie On-Demand-Angeboten, ergänzt  
1436 durch Sammeltaxi-Angebote in der Nacht, soll auf ein vollumfängliches Mobilitätsangebot  
1437 hingearbeitet werden. Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir reaktivieren und das Regionalzugsystem  
1438 erweitern, um das Leben auf dem Land mit dem Arbeiten in der Stadt besser vereinbaren zu können.  
1439 Wir fordern den Ausbau sicherer Radwege und Abstellplätze. Der Ausbau der Radwege scheitert oft  
1440 am Landerwerb, hier sind Enteignungen zu prüfen. Mobilitätshubs sollen Bahnhöfe, Haltestellen,  
1441 Carsharing und Fahrradvermietung vernetzen.

1442 Im ländlichen Raum in NRW ist die verarbeitende Industrie stark. Damit das so bleibt, treten wir für  
1443 einen ökologisch-sozialen Umbau, öffentliche Beteiligung und mehr Mitbestimmung ein. Wir setzen  
1444 uns ein für die Sicherung lokaler Arbeitsplätze, die Unterstützung nachhaltiger Industrien, des  
1445 Handwerks, ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

1446 Monokultur, Gülle und Pestizide gefährden Mensch und Natur. Agrarkonzerne zerstören bäuerliche  
1447 Strukturen. Es sollen kreiseigene Stellen zur Kontrolle der anfallenden Gülle geschaffen werden,  
1448 damit eine Grundwasserverseuchung mit Nitrat verhindert wird. Zur Pflege und ökologisch  
1449 nachhaltigen Aufforstung der strapazierten Wälder, die in der Fläche erhalten werden müssen,  
1450 benötigen wir doppelt so viel Personal in den Forstämtern.

1451 Für alle Menschen müssen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf fußläufig in der Nähe zur  
1452 Verfügung stehen. Der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden. Solidarische Dorfläden müssen  
1453 gefördert werden.

1454 Ein flächendeckendes schnelles Mobilfunknetz und Internetanschluss müssen für alle Haushalte und  
1455 Unternehmen bereitstehen. Der Ausbau muss vorangetrieben werden.

1456 Die gesundheitliche Versorgung in der Fläche ist mangelhaft und wird durch die aktuelle  
1457 Krankenhausreform noch mehr gefährdet. Die Versorgung mit Hausärzt:innen wird immer dünner  
1458 und die Wege zu Fachärzt:innen und ins Krankenhaus immer weiter. Die Menschen brauchen  
1459 allerorten gute Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und Krankenhäusern.  
1460 Dies muss durch die öffentliche Hand sichergestellt werden. Im Notfall ist der Rettungsdienst in NRW

1461 oft zu spät – besonders auf dem Land. Notärzt:innen, Feuerwehr und Polizei müssen schneller vor Ort  
1462 sein.

1463 Wir wollen öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort erhalten oder schaffen.

1464 Es gibt kaum Gesamtschulen auf dem Land und viele Kinder bekommen keinen Platz. Die Linke

1465 fordert den Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz.

1466 Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und gefördert

1467 werden. Die Linke tritt für die öffentliche Unterstützung von lokalen Kulturzentren, Jugendzentren,

1468 kleinen Kinos und Theater sowie Räumen für Veranstaltungen und Konzerte ein.

1469 Kommunikationszentren in allen Ortsteilen und Dörfern sind sicherzustellen.

1470 **Wir wollen:**

1471 • eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und  
1472 Krankenhäusern,

1473 • von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen,

1474 • schnellere Zufahrt von Feuerwehr und Rettungsdiensten zum Einsatzort,

1475 • einen massiven Ausbau des ÖPNV auf dem Land,

1476 • ausreichend bezahlbaren Wohnraum,

1477 • Grundschulen und ausreichend Gesamtschulplätze vor Ort.

1478

## 1479 **Thema Migration**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 1480 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

1481 Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und  
1482 schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen  
1483 für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

1484 Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und  
1485 Diskriminierung entgegentritt.

1486 Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent verteidigt.  
1487 Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

1488 Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch inklusive  
1489 Bildung und gute Arbeitsplätze. In unseren Kommunen gibt es nicht zu viele Eingewanderte, sondern  
1490 zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen und Kitas, zu wenig Ärzt:innen  
1491 und Pfleger:innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als Chance statt als Problem. Die  
1492 Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der schon lange hier lebenden Menschen.

1493 Wir wollen Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen  
1494 Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbeziehen.

### 1495 **Wir fordern für eine gelungene Integration:**

- 1496 • Kommunen müssen dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten. Kommunen müssen  
1497 Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Kommunal angebundene  
1498 Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden. Geflüchteten und Eingewanderten aus  
1499 anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und  
1500 Integrationskurse zu absolvieren.
- 1501 • Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Ausländische Bildungs- und  
1502 Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

### 1503 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

1504 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für  
1505 langjährig hier lebende Migrant:innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf es  
1506 deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Statt Sonderregelungen und Erlassen gegen  
1507 Migrant:innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das  
1508 Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch  
1509 einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen.

### 1510 **Wir wollen:**

- 1511 • Erleichterung der kommunalen Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und  
1512 Mehrfachstaatsangehörigkeiten,
- 1513 • sozialräumliche Integrationsarbeit als zentralen Bestandteil der Stadtentwicklung,
- 1514 • Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und  
1515 zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater:innen,
- 1516 • Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen,
- 1517 • Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen,
- 1518 • Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen,
- 1519 • Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen,
- 1520 • kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge,

- 1521 • Einbeziehung von Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die  
1522 Politik der Kommunen.

### 1523 **Für menschenwürdige Unterbringung**

1524 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in  
1525 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur  
1526 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das  
1527 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht  
1528 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit  
1529 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Das erzwungene Zusammenleben mit vielen  
1530 fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die Betroffenen eine hohe  
1531 Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche Teilhabe und Integration  
1532 und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Daher  
1533 tritt Die Linke für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo kommunale  
1534 Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.

### 1535 **Wir wollen:**

- 1536 • verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten  
1537 Missständen entgegenzuwirken sowie Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die  
1538 Standards gemeldet werden können,
- 1539 • Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten  
1540 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken,
- 1541 • menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit  
1542 der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern,
- 1543 • Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei  
1544 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten,
- 1545 • Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner:innen der  
1546 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben,
- 1547 • Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte,
- 1548 • Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung  
1549 von Neuzugewanderten abzielen.

### 1550 **Integration durch Bildung**

1551 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte  
1552 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen  
1553 Entscheidungsprozessen.

### 1554 **Wir wollen:**

- 1555 • ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als  
1556 Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können,
- 1557 • eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw.  
1558 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung von  
1559 zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von  
1560 Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete  
1561 Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden,
- 1562 • die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom  
1563 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die

- 1564 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung  
1565 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,  
1566 • vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule  
1567 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,  
1568 • Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,  
1569 • allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur  
1570 Verfügung stellen,  
1571 • Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen,  
1572 • Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,  
1573 • die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

#### 1574 **Bleiberecht**

1575 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um  
1576 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges  
1577 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner:innen vorhalten. Insbesondere  
1578 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar  
1579 und sind unbedingt zu unterlassen.

#### 1580 **Integration durch Arbeitsplätze**

1581 Eine schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies  
1582 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und  
1583 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu  
1584 kämpfen.

#### 1585 **Wir wollen:**

- 1586 • anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 1587 • Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren  
1588 durchführen,
- 1589 • Asylsuchenden und EU-Zugewanderten sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu  
1590 lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch müssen auch  
1591 Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 1592 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die  
1593 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft  
1594 werden,
- 1595 • Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer  
1596 der Berufsausbildung gewähren,
- 1597 • interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
- 1598 • die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

#### 1599 **Für eine humane Flüchtlingspolitik**

1600 Die Integration von Geflüchteten muss am Tag ihrer Ankunft beginnen.

1601 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Statt uns gegeneinander  
1602 ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN bessergeht.

1603 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische  
1604 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten  
1605 Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

1606 Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der  
1607 Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert. Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine  
1608 Wohnung zu suchen.

1609 Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als  
1610 Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen  
1611 von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge  
1612 schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

1613 **Wir wollen:**

- 1614 • eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass,
- 1615 • geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 1616 • jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 1617 • verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 1618 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 1619 • perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 1620 • Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 1621 • die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
- 1622 finanzieren,
- 1623 • Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
- 1624 Ausländerbehörden verbindlich sein,
- 1625 • die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal sowohl
- 1626 in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
- 1627 • eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen,
- 1628 • den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern,
- 1629 • Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
- 1630 • vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
- 1631 • keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen,
- 1632 • Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
- 1633 • Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende.

1634 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

1635 Die Linke steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-  
1636 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit der  
1637 Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche Städte  
1638 und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit gegen die  
1639 menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. Die Linke unterstützt  
1640 diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und  
1641 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete  
1642 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich Die Linke dafür ein, dass den  
1643 Worten auch Taten folgen und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

1644 **Wir wollen:**

- 1645 • kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
- 1646 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
- 1647 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten,

- 1648
- 1649
- 1650
- 1651
- Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik einsetzen.



## 1652 **Thema: Mobilität**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 1653 **Mobilität für alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich**

1654 Der Verkehrssektor macht rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland aus. Er hat  
1655 bislang nichts zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beigetragen. Statt weniger gibt es immer mehr  
1656 Autos auf den Straßen. Die Kapitaleigner:innen der Autoindustrie sind eine mächtige Lobby und  
1657 möchten die Verkehrswende zu einer reinen Antriebswende ummodellieren, daran richtet sich die  
1658 Verkehrspolitik bisher aus.

1659 Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische  
1660 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Die Linke will Mobilität für  
1661 alle – vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.

1662 Wir müssen den öffentlichen Raum vom Auto zurück erobern: für den Fußverkehr und mehr  
1663 Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen, für den Radverkehr, für Bus und Straßenbahn. Wir  
1664 setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und klimafreundliche Verkehrsmittel.

1665 Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ausgehend von den schwächsten  
1666 Verkehrsteilnehmenden: von Fußgänger:innen, Kindern, Menschen mit Behinderung, aufsteigend zu  
1667 Radfahrenden, zu ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr (MIV).

1668 Bestehende Strukturen neu denken: Deutschlandweit ist die Strukturierung des ÖPNV und die damit  
1669 verbundene Tarifstruktur uneinheitlich und undurchschaubar. NRW geht hier mit gutem Beispiel  
1670 voran: Landesweit gibt es nur 4 Verkehrsverbände. Dennoch bleibt viel zu tun – allein im VRR sind  
1671 über 20 Verkehrsverbände angesiedelt, mit jeweils eigenen Strukturen, Vorständen und  
1672 Herausforderungen. Starke Synergieeffekte bleiben hier liegen. Ein übergreifender, gemeinsamer Pool  
1673 aus Personal und Fahrzeugen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung; mit Kooperationen und  
1674 Zusammenschlüssen können kurzfristige Engpässe gefüllt und gemeindeübergreifende Linien  
1675 eingerichtet und betrieben werden.

### 1676 **Daher fordern wir:**

- 1677 • einen Verkehrsverbund für ganz NRW
- 1678 • die (schrittweise) Konsolidierung der Verkehrsbetreiber. Bis dahin mindestens eine intensivere  
1679 Kooperation.

### 1680 **Attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der Fläche**

1681 Wir wollen, dass alle Menschen mobil sein können. Wir wollen attraktive, bequeme und bezahlbare  
1682 Angebote, die die Mobilität von Menschen und Gütern erhalten und bestehende  
1683 Mobilitätsungerechtigkeiten abbauen. Grundsätzlich soll niemand mehr auf ein eigenes Auto  
1684 angewiesen sein. Zentral sind ein attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der  
1685 Fläche sowie ergänzende Mobilitätsangebote.

1686 Wir streiten für einen massiven Ausbau des Schienennetzes, im Nahverkehr ebenso wie im Regional-  
1687 und Fernverkehr, in der Stadt und auf dem Land.

1688 Für zentral halten wir die Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken. In NRW sind 60 Strecken nach  
1689 wie vor als Bahntrassen gewidmet. Bei deren Reaktivierung würden 30 Mittelzentren wieder einen  
1690 Bahnanschluss bekommen. Das wäre ein Quantensprung für klimafreundlichen Verkehr.

1691 Ferner setzen wir uns für den massiven Ausbau eines taktverdichteten Busliniennetzes in den Städten  
1692 und Dörfern ein. Da ein Großteil der Pendler:innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir

- 1693 die Dörfer und Ortschaften in der Fläche mit Stadtbahnlinien, mehr Park/Bike&Ride-Plätzen sowie  
 1694 einem verstärkten Angebot an Schnellbussen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr  
 1695 anbinden.
- 1696 Wo immer es möglich ist, wollen wir Stadtbahnlinien verlängern und die Städte und Dörfer in der  
 1697 Fläche nach dem Vorbild des „Karlsruher Modells“ mit erschließen. Um Lücken zu schließen, müssen  
 1698 auch Abrufösungen oder Bürger:innenbusse besser gefördert werden.
- 1699 Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität und Teilhabe, dies gehört für uns zur Daseinsfürsorge,  
 1700 die öffentlich organisiert werden muss.
- 1701 Wir wollen den Nahverkehr vollständig in öffentlicher Hand behalten bzw. zurückführen.  
 1702 Verkehrsbetriebe sollten seitens der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften sowie seitens der  
 1703 Nutzer:innen demokratisch verwaltet und mitbestimmt werden.
- 1704 **Wir fordern:**
- 1705 • den Auf- und Ausbau des Schienennetzes. Dabei bevorzugen wir den oberirdischen Bau, der  
 1706 aus finanziellen und ökologischen Gründen Tunnel-Lösungen vorzuziehen ist.
  - 1707 • den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen in den Städten, die vielerorts seit  
 1708 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen  
 1709 sind. In 26 Kommunen in Frankreich ist dies in den letzten 15 Jahren mit großem Erfolg  
 1710 geschehen.
  - 1711 • die Reaktivierung von Schienenbus-Systemen in ländlichen Regionen,  
 1712 • Bus- und Bahns Spuren sowie Ampelanlagen, die auf den ÖPNV abgestimmt sind,  
 1713 • Taktverdichtung statt längerer Züge,  
 1714 • mehr Fahrpersonal durch gute Arbeit, deutliche Erhöhung der Entgelte und Verbesserung der  
 1715 Arbeitsbedingungen,
  - 1716 • die Ergänzung der Radwege aus alten Eisenbahnstrecken durch Straßenbahnkörper, wo immer  
 1717 das möglich und sinnvoll ist.
- 1718 Personalmangel führt zu vielen Beeinträchtigungen im Bahnverkehr wie im ÖPNV. Die Linke steht  
 1719 ohne Wenn und Aber solidarisch an der Seite der Beschäftigten im Nahverkehr. Wir unterstützen  
 1720 vorbehaltlos ihre Gewerkschaften, ihre Arbeitskämpfe und fordern zugleich angemessen bezahlte  
 1721 Tariflöhne für alle Beschäftigten im Verkehrsbereich. Wir begrüßen, befördern und unterstützen die  
 1722 Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Klimaschutzbewegung.
- 1723 Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. In  
 1724 Oberleitungs- und Batteriebusen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus, die sich an den  
 1725 Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne Oberleitung im  
 1726 Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft.
- 1727 Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten, insbesondere nachts, plädieren wir für  
 1728 die Einführung von On-Demand-Angeboten als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im Zuge  
 1729 der zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit öffentlichen  
 1730 Verkehrsmitteln bedient werden.
- 1731 Mobilität muss erschwinglich für alle sein. Das Deutschlandticket war ein wichtiger Schritt hin zur  
 1732 Verbilligung und zur Abschaffung des Tarifschungels. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter, kostenloser  
 1733 ÖPNV. Als Übergangsschritte dahin fordern wir:
- 1734 • ein 9-Euro-Sozialticket als Deutschlandticket, zumindest aber in den Kommunen,
  - 1735 • freie Fahrt für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende,

- 1736 • statt Erhöhung schrittweises Absenken des Preises für das Deutschlandticket und im Gebiet der  
1737 Verkehrsverbünde gleiche Mitnahme-Möglichkeiten wie für Abo-Kunden,  
1738 • Insbesondere unsere Schieneninfrastruktur kann außerdem von technischen und digitalen  
1739 Lösungen profitieren. Wir haben in NRW immer noch störungsanfällige Stellwerke aus der  
1740 Kaiserzeit. Digitale Stellwerke können helfen, die Kapazität auf der Schiene zu erhöhen.

#### 1741 **Fußgänger:innen**

1742 Fußgänger:innen sind die Verkehrsteilnehmer:innen, welche am häufigsten bei der Verkehrsplanung  
1743 vergessen werden – und zugleich die schwächsten. Dabei ist Fußverkehr die elementare, gesündeste,  
1744 preiswerteste und klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Sie ermöglicht Begegnungen, Gespräche  
1745 und Verweilen im öffentlichen Raum – eine wesentliche Qualität öffentlichen Lebens.

1746 Fußverkehr ist in hohem Maße divers: Alle Altersgruppen einschließlich mobilitätseingeschränkter  
1747 und blinder Menschen mit unterschiedlichem Mobilitätsverhalten bestimmen gutes Leben im  
1748 öffentlichen Raum.

#### 1749 **Daher fordern wir:**

- 1750 • lebenswerte Gestaltung von Plätzen und Straßen durch Bäume, Brunnen, beschattete Bänke  
1751 und Spielmöglichkeiten, die zum Flanieren, Spielen oder einfach zum Aufenthalt einladen, nach  
1752 dem Vorbild der Superblocks in Barcelona,
- 1753 • Stadtgestaltung fußgängerfreundlich auszugestalten, das bedeutet Wege kurz, sicher und  
1754 barrierefrei zu planen,
- 1755 • Innenstädte konsequent autofrei zu gestalten, Neubaugebiete autoarm zu planen,
- 1756 • Bündelung des Kfz-Verkehrs auf einigen wenigen Straßen,
- 1757 • Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Kommune,
- 1758 • Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Metern an allen Straßen,
- 1759 • eigene Stellen für Fußverkehrsbeauftragte in den Kommunen mit den Aufgaben:
  - 1760 ○ Durchführung von Fußverkehrschecks in Vierteln,
  - 1761 ○ Prüfung der Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Freiraumplanungen hinsichtlich der  
1762 Belange des Fußverkehrs,
  - 1763 ○ Prüfung der Barrierefreiheit für alle Fußgänger:innen, insbesondere auch für  
1764 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen, Kinderwagen,
  - 1765 ○ Konzeption und Entwicklung einer gesamtstädtischen Fußverkehrsstrategie, von  
1766 kommunalen Fußverkehrsnetzen; Evaluation, Umsetzungskontrolle und  
1767 Weiterentwicklung.

#### 1768 **Radverkehr**

1769 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – ist im Rahmen einer sozial-  
1770 ökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige  
1771 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum  
1772 öffentlichen Personennahverkehr. Radfahren ist gesund, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei  
1773 geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

1774 Eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver und sicherer, bringt mehr Menschen aus  
1775 dem Auto aufs Rad. Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit, nach dem  
1776 Vorbild des „Kopenhagener Modells“, so viele Wege wie möglich problemlos per Rad erledigt werden  
1777 können. Durch hochentwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer Antriebe sind heute  
1778 wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich.

1779 **Daher fordern wir:**

- 1780 • die Sanierung vorhandener Radwege, damit sie gut befahrbar, eindeutig gekennzeichnet und  
1781 von allen Verkehrsteilnehmer:innen bei allen Sichtverhältnissen klar erkennbar sind. Radwege  
1782 müssen sauber, verkehrssicher, gut beleuchtet sowie im Winter von Schnee geräumt sein und  
1783 dürfen nicht fremdgenutzt werden. An größeren Straßen ist eine bauliche Abgrenzung vom  
1784 restlichen Straßenverkehr erforderlich.
- 1785 • den Ausbau von Radwegenetzen, Fahrradstraßen und Radschnellwegen, die miteinander über  
1786 Knotenpunkte verbunden werden. Der Straßenraum dafür soll nicht von Bürgersteigen,  
1787 sondern von Autospuren genommen werden.
- 1788 • eigene Ampeln und eigene Ampelphasen nach dem Beispiel der „Oberhausener Radwelle“.  
1789 Sogenannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem Rad an Haltepunkten wie roten  
1790 Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den Verkehrsfluss.
- 1791 • öffentliche Verleihsysteme von Rädern, die durch die kommunalen Verkehrsbetriebe  
1792 angeboten werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihradangeboten  
1793 ermöglichen,
- 1794 • mehr Fahrradparkhäuser und Radstationen an den Bahnhaltstellen, mehr Mobilitätsstationen,  
1795 auch am Stadtrand, an denen eigene Räder sowie Leihräder kostenfrei und sicher abgestellt  
1796 werden können.

1797 **Autoverkehr**

1798 Die sozial-ökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten  
1799 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten der Klimakrise gerät diese Form der Fortbewegung  
1800 an ihre Grenzen, auch mit E-Autos. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von vorgestern.

1801 Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere Geschwindigkeiten  
1802 müssen ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein- und Ausfallstraßen einer  
1803 Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert die  
1804 Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen, Lärm- und Abgasemissionen drastisch und ist ein  
1805 vernünftiger Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen.

1806 Viele Straßen und Brücken sind sanierungsbedürftig. Darauf sollten die Finanzmittel in diesem Sektor  
1807 konzentriert werden. Den Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr lehnen wir ab. Zudem  
1808 sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur Folge haben  
1809 können, mit Blick auf die sozial-ökologische Verkehrswende hinterfragt werden.

1810 Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche  
1811 Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahrräder ersetzt werden, wo dies möglich ist.  
1812 Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Carsharing-Angebot eingebracht werden, um auch in  
1813 kleineren Städten und Gemeinden ohne große Anschaffungskosten Carsharing-Angebote aufzubauen.

1814 Wir setzen uns für eine Reduzierung der in der Stellplatzsatzung vorgeschriebenen Stellplätze  
1815 insbesondere bei sozialem Wohnungsbau und in mit dem ÖPNV gut erreichbarer Lage ein. Gerade  
1816 Menschen mit wenig Einkommen verfügen oft über kein eigenes Auto. Hohe Stellplatzanforderungen  
1817 bei Neubauprojekten verteuern diese deutlich und stellen so ein Hindernis für ausreichend  
1818 bezahlbaren Wohnraum dar.

1819 **Güter- und Lieferverkehr**

1820 Güter sollen vorrangig auf der Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dafür  
1821 müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden, finanziert durch

- 1822 nach Größe gestaffelten Abgaben der ansässigen Betriebe. Neue, aufkommensstarke Gewerbegebiete  
1823 dürfen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden.
- 1824 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch  
1825 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen Märkten  
1826 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer  
1827 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos  
1828 gefunden werden.
- 1829 Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine Auslieferung zum  
1830 Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln.
- 1831 Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayerischem Vorbild“ alle wieder einen zentrumsnahen  
1832 lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen die innerstädtischen  
1833 Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische wie stauvermeidende  
1834 Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum weiterhin zu gewährleisten.
- 1835 **Finanzierungsvorschläge**
- 1836 Auf Bundesebene wollen wir die Finanzmittel umwidmen, weg vom Auto hin zum öffentlichen  
1837 Verkehr. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist überwiegend auf autozentrierte Projekte  
1838 ausgerichtet. Er hat ein Gesamtvolumen von 270 Milliarden Euro, davon 132 Milliarden für das Auto.  
1839 Selbst wenn man davon Sanierung und Unterhalt von Straßen abzieht, gibt es noch viele  
1840 Steuermilliarden, die zugunsten des öffentlichen Verkehrs umgeschichtet werden können und  
1841 müssen, zum Beispiel die 30 Milliarden Euro für 850 neue Autobahnkilometer bis 2030.
- 1842 Auch in den jährlichen Bundeshaushalten finden sich viele direkte und indirekte Autosubventionen,  
1843 die der Verkehrswende fehlen. Das Umweltbundesamt kam für das Haushaltsjahr 2018 auf laufende  
1844 Steuersubventionen für den Auto- und Flugverkehr von insgesamt 30 Milliarden Euro.
- 1845 Auf Landesebene fordern wir die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und der  
1846 unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr.
- 1847 Den Kommunen soll die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von ortsansässigen Betrieben ab einer  
1848 bestimmten Größe zum Ausbau des ÖPNV rechtssicher ermöglicht werden.
- 1849

## 1850 **Thema: Ordnung**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 1851 **Kommunalen Ordnungsdienst entwaffnen**

1852 Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) ist in vielen Städten in den letzten Jahren immer weiter  
1853 aufgerüstet worden. Mit immer stärkerer Bewaffnung bis hin zum Einsatz von Hunden werden dessen  
1854 Mitarbeiter:innen immer bedrohlicher. Dabei gehen sie besonders oft gegen obdachlose Menschen  
1855 vor, vertreiben diese beispielsweise von ihren Schlafplätzen und stellen ihnen Bußgeldbescheide aus.  
1856 Ihre Uniform ist dabei meist kaum von der der Polizei zu unterscheiden, sodass sich lediglich am  
1857 Schriftzug erkennen lässt, um wen es sich handelt. Dies führt zu häufigen  
1858 Kompetenzüberschreitungen.

1859 Zusätzlich werden an vielen Orten private Sicherheitsdienste eingesetzt, auch sie gehen übermäßig  
1860 gegen arme und wohnungslose Menschen vor.

### 1861 **Die Linke fordert:**

- 1862 • Entwaffnung des KOD: Der KOD sollte keine Schlagstöcke und kein Pfefferspray mit sich führen.  
1863 Erst recht stellen wir uns gegen Bodycams, Taser oder Hundestaffeln.
- 1864 • Klare Unterscheidbarkeit von der Polizei. Die Uniformen des KOD müssen auf den ersten Blick  
1865 von denen der Polizei unterschieden werden können, z. B. durch die Verwendung einer  
1866 anderen Farbe.
- 1867 • Kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten. Private Sicherheitsdienste haben im Schutz des  
1868 öffentlichen Raums nicht verloren.

### 1869 **Kriminalisierung von Armut beenden**

1870 Die Ordnungsbehördliche Verfügung ist ein ordnungspolitisches Recht auf kommunaler Ebene. Es  
1871 wird in vielen Kommunen genutzt, um Armut zu kriminalisieren. Dies macht sich besonders oft in  
1872 zwei Abschnitten bemerkbar: dem Verbot, auf öffentlichen Flächen zu campieren oder zu  
1873 übernachten und dem Verbot, auf öffentlichen Bänken zu liegen, das oft Formulierungen trägt wie  
1874 „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“. Beides richtet sich explizit gegen  
1875 obdachlose Menschen, die keine andere Möglichkeit haben, als auf der Straße zu übernachten. Wir  
1876 fordern, dass diese Kriminalisierung endlich beendet wird!

### 1877 **Die Linke fordert:**

- 1878 • Streichung des Verbots zu campieren und übernachten aus Ordnungsbehördlichen  
1879 Verordnungen,
- 1880 • Streichung von „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“ und anderen  
1881 armutskriminalisierenden Abschnitten aus Ordnungsbehördlichen Verordnungen.

### 1882 **Gegen Polizeigewalt**

1883 Polizei ist Landessache, doch wirken sich die dort getroffenen Entscheidungen direkt in den  
1884 Kommunen aus. In NRW sterben besonders häufig Menschen bei Polizeieinsätzen, allein im Jahr 2024  
1885 wurden sieben Menschen von der Polizei getötet. Nur in seltenen Fällen kommt es dabei zu einem  
1886 Prozess, meistens bleibt es für die beteiligten Beamt:innen ohne Konsequenzen.

1887 Polizeieinsätze enden dabei besonders häufig tödlich, wenn Menschen sich in psychischen  
1888 Ausnahmesituationen befinden. Wir fordern ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal,  
1889 das in Fällen von psychischen Ausnahmesituation mit der Polizei zum Einsatz fährt und deeskalierend  
1890 tätig ist. Der Einsatz von Tasern in den größeren Städten gefährdet Menschen zusätzlich. Taser sind  
1891 eine tödliche Waffe, vor denen das UN-Komitee gegen Folter warnt.

1892 Gerade in benachteiligten Stadtteilen geht die Polizei oft besonders brutal vor, während sie  
1893 gleichzeitig Anzeigen der Bewohner:innen weniger ernst nimmt. Wir fordern, dass die Polizei sich für  
1894 ihre Arbeit im Stadtteil vor kommunalen Vertreter:innen und der Öffentlichkeit verantworten muss.

1895 Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert  
1896 Kriminalität höchstens.

1897 **Die Linke fordert:**

- 1898 • Beendigung von Tasereinsätzen,
- 1899 • Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in  
1900 psychischen Ausnahmesituationen,
- 1901 • keine Videoüberwachung.

1902

## 1903 **Thema: Planung**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 1904 **Lebenswerte soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen**

1905 Die Entwicklung von Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. Während die Großstädte der  
1906 Rheinschiene, Münster und Bielefeld, stark wachsen, verlieren ländliche Räume in der Peripherie  
1907 massiv an Einwohner:innen. Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter  
1908 Wohnraum wird zunehmend knapper und der Bestand an Sozialwohnungen ist aufgrund einer viele  
1909 Jahre völlig verfehlten Förderpolitik des Landes drastisch gesunken. Im Raum Höxter und am  
1910 Niederrhein hingegen stehen Häuser leer.

1911 Auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der  
1912 Montanindustrie und der Rationalisierung der Stahlindustrie geprägten Großstädte im Ruhrgebiet  
1913 und im ebenfalls altindustriell geprägten Bergischen Land schrumpften fast 50 Jahre lang. Erst in den  
1914 letzten Jahren gibt es wieder Wachstum, vor allem durch Zuwanderung, Geflüchtete und den Ausbau  
1915 der Universitäten. Auch hier wird Wohnraum immer knapper, die Mieten steigen deutlich.

1916 Linke Kommunalpolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und differenzierte Antworten und  
1917 Lösungsansätze bieten. Die Linke tritt für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für lebenswerte und  
1918 lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Wohnungsbau,  
1919 Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen  
1920 auf die Bedürfnisse aller Einwohner:innen ausgerichtet sein und dürfen nicht den Profitinteressen von  
1921 Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

1922 Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger  
1923 Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der  
1924 Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet werden.

### 1925 **Soziale Verwerfungen und Klimakatastrophe erfordern neue, nachhaltige Antworten der** 1926 **Stadtplanung**

1927 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung  
1928 vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren  
1929 zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt. In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in  
1930 denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der Bezug von Bürgergeld in anderen  
1931 Stadtteilen kaum eine Rolle spielt. Die Klimakatastrophe wird die Großstädte in ihren  
1932 hochversiegelten Kernbereichen teilweise unbewohnbar machen.

1933 Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten stark  
1934 verändert. 2023 hatten 3,23 Millionen Einwohner:innen in NRW einen ausländischen Pass, das ist ein  
1935 Anteil von fast 18 Prozent. Insgesamt hat gut ein Drittel der Bevölkerung in NRW einen  
1936 Migrationshintergrund. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Auch hieraus ergeben sich  
1937 Aufgaben für die kommunale Planung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit  
1938 internationaler Familiengeschichte müssen stärker berücksichtigt werden. Barrierefreies Wohnen und  
1939 eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen werden immer wichtiger.

1940 Die Linke setzt sich für soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit sozialen  
1941 Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft, soziale  
1942 Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die Verbesserung  
1943 des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von Bewohner:innen führen.

1944 Als Antwort auf die Erhitzung der Städte müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden.

1945 Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen müssen



- 1946 gestoppt werden. Bei der städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die Linke
- 1947 Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen
- 1948 Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen. Die nicht nur im Ruhrgebiet vorhandenen
- 1949 großen altindustriellen, zum Teil seit Jahrzehnten brachliegenden Flächen bieten hier auch Chancen:
- 1950 Ein großer Teil des Flächenbedarfs kann hieraus gedeckt werden, sofern Altlasten entfernt werden.
- 1951 Sie muss vom Land stärker gefördert werden, ebenso ein Grundstücksfonds, der die Kommunen beim
- 1952 Erwerb und der Transformation brachliegender Flächen unterstützt.
- 1953 Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr eine
- 1954 quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der „grünen
- 1955 Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung des Wohnens
- 1956 und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
- 1957 Bürogebäude mehr Rendite versprechen. Mehr Sonntagsöffnungen helfen hier nicht. Des Weiteren
- 1958 sind stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Städte gegen Spekulation erforderlich.
- 1959 Eine nachhaltige Politik für die soziale und ökologische Transformation kann dabei durchaus an
- 1960 breiter akzeptierten Vorgaben anknüpfen. Dazu gehören die „Leipziger Erklärung“, vor allem aber die
- 1961 Nachhaltigkeitsziele der UNO. Diese Ziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), sind eine gute
- 1962 Grundlage zur Steuerung von Transformationsprozessen und umfassen soziale, integrative,
- 1963 ökonomische, ökologische und demokratische Ziele. Die Linke ist dafür, dass diese Ziele viel stärker in
- 1964 der Kommunalpolitik umgesetzt werden.
- 1965 Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner:innen gerade auch in Fragen der
- 1966 Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele
- 1967 Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des
- 1968 Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von Vorhaben.
- 1969 Bürger:innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse können unter dem
- 1970 Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Verfahren selbst
- 1971 müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen und weniger auf die Durchsetzung der
- 1972 Interessen von Investoren ausgerichtet werden.
- 1973 **Die Linke fordert:**
- 1974 • Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und
- 1975 Bebauungsplanverfahren,
- 1976 • Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und
- 1977 Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich,
- 1978 • Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten, besonders in Wachstumsregionen,
- 1979 • stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung,
- 1980 • vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten,
- 1981 • Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“,
- 1982 • Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen,
- 1983 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert:innen, die bei allen größeren
- 1984 Projekten und nach Bedarf beraten,
- 1985 • Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten für ältere Menschen,
- 1986 • keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“,
- 1987 • Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte,
- 1988 • Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf,
- 1989 • kommunaler, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die
- 1990 Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung,

- 1991 • Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen,
- 1992 • Förderung des Denkmalschutzes,
- 1993 • Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum,
- 1994 • Bekämpfung von Leerstand,
- 1995 • Prüfung leerstehender Gewerbeimmobilien auf die Möglichkeit zur Umwidmung in Wohnraum.

1996 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

1997 Die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich führen zu einer stärkeren  
 1998 Bedeutung der regionalen Entwicklung. Kommunale Aufgaben lassen sich oft innerhalb einer  
 1999 einzelnen Stadt oder eines Landkreises nicht mehr bewältigen. Für die Daseinsvorsorge, etwa in der  
 2000 Strom-, Gas- und Wasserbereitstellung oder Abfallentsorgung, ist oft regionale Kooperation  
 2001 erforderlich.

2002 Die Linke sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung  
 2003 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und für die Schaffung gleichwertiger  
 2004 Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit müssen  
 2005 vom Land gestärkt werden.

2006 Die aktuellen Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur  
 2007 unzureichend wider. Wichtige Änderungen gab es nur durch die Stärkung des Regionalverbandes  
 2008 Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen. Für beides hat sie sich stark gemacht, nicht  
 2009 zuletzt auch für die Direktwahl des „Ruhrparlaments“.

2010 Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und für die Stärkung der  
 2011 Zusammenarbeit von Kommunen. Die politischen Strukturen und der Zuschnitt der Mittelinstanzen  
 2012 müssen überprüft und der Entwicklung einer zunehmend vernetzten Region angepasst werden.

2013 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

2014 In den ländlichen Regionen wird das Leben auch in NRW zunehmend schwieriger. Die Infrastruktur ist  
 2015 oft mangelhaft, Kleinstädte verkommen zu schlichten Wohn- und Schlafstätten ohne ausreichende  
 2016 Infrastruktur. Viele Dörfer leiden unter fehlendem Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz, wenigen  
 2017 Einkaufsmöglichkeiten und schlechtem Zugang zu Gesundheitsversorgung und kulturellen Angeboten.

2018 Die Linke setzt sich für eine gleichwertige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte und  
 2019 nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein. Eine ausreichende Versorgung vor Ort muss  
 2020 gewährleistet werden, auch mit medizinischem Fachpersonal, Freizeiteinrichtungen und Internet.  
 2021 Eine solche Infrastruktur muss von den Kommunen gesichert werden. Dabei können auch von den  
 2022 Einwohner:innen getragene Konzepte oder Genossenschaften helfen. Das beinhaltet den schnellen  
 2023 Ausbau des Internet-Breitbandes, die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch die öffentliche  
 2024 Hand und die Förderung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und gastronomischen Angeboten im ländlichen  
 2025 Raum.

2026

2027 **Thema: Queer**

[zum Dokumentbeginn](#)

2028 Die Linke NRW setzt sich konsequent für die Rechte und die Sichtbarkeit queerer Menschen in allen  
2029 Lebensbereichen ein. Queerpolitik ist ein zentraler Bestandteil unserer Vision einer sozialen und  
2030 gerechten Gesellschaft. Kommunen sind entscheidend, um vor Ort für Gleichberechtigung, Schutz vor  
2031 Diskriminierung und Zugang zu Ressourcen zu sorgen. Unser Ziel ist eine Kommune, in der alle  
2032 Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ein sicheres und  
2033 respektiertes Leben führen können.

2034 Unsere Queerpolitik begrenzt sich dabei nicht auf bloße Fragen von Repräsentation. Wir wollen die  
2035 soziale Lage queerer Menschen verbessern.

2036 Trotz Fortschritten in der rechtlichen Gleichstellung, beispielsweise durch das  
2037 Selbstbestimmungsgesetz, sind queere Menschen wieder verstärkt Diskriminierung und Gewalt  
2038 ausgesetzt. Befeuert durch die rechtsextreme AfD greifen auch Parteien wie CDU und FDP immer  
2039 häufiger zu queerfeindlicher Rhetorik.

2040 **Wir setzen uns kommunal ein für:**

- 2041 • kommunale queere Aktionspläne mit verbindlichen Maßnahmen sowie finanzieller und  
2042 personeller Ausstattung. Diese sollen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen,  
2043 Beratungsstellen und der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Ziel ist es, Maßnahmen zur  
2044 Förderung der Gleichberechtigung, zum Schutz vor Diskriminierung und zur Schaffung von  
2045 inklusiven Strukturen systematisch in den Kommunen zu verankern.
- 2046 • Einrichtung und finanzielle sowie personelle Absicherung kommunaler Beratungs- und  
2047 Antidiskriminierungsstellen,
- 2048 • Aufbau und Sicherung queerer Mindeststrukturen gerade im ländlichen Raum. Queere  
2049 Beratungsstellen, Aidshilfen und Jugendangebote müssen gerade dort mit dem ÖPNV  
2050 erreichbar sein.
- 2051 • Förderung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung. Aufklärung und Sensibilisierung sind  
2052 Grundpfeiler für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir fordern Programme zur Schulung  
2053 von Lehrkräften, Behörden und öffentlichen Einrichtungen, um diskriminierendes Verhalten  
2054 und Vorurteile abzubauen. Queer freundliche Schulprojekte und Veranstaltungen in  
2055 kommunalen Bildungseinrichtungen sollen finanziell und organisatorisch unterstützt werden.
- 2056 • eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und  
2057 Berufsschulen.

2058

## 2059 **Thema: Senior:innen**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 2060 **Für lebenswerte Kommunen auch im Alter**

2061 Der demographische Wandel erfordert einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler  
2062 Senior:innenpolitik, dem Alter und seinen Potentialen. Kommunale Senior:innenpolitik braucht einen  
2063 höheren Stellenwert im politischen Alltag.

2064 Kommunale Senior:innenpolitik ist dabei mehr als Daseinsvorsorge und Bezuschussung von  
2065 Alteneinrichtungen. Es geht darum, den Senior:innen umfassende gesellschaftliche und kulturelle  
2066 Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre Potentiale und Lebenserfahrungen  
2067 gesellschaftlich einzubringen.

2068 Insbesondere geht es auch darum, der weitverbreiteten Einsamkeit entgegenzutreten.

2069 Senior:innenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. In allen Politikbereichen geht es dabei darum,  
2070 folgende Punkte zu beachten:

- 2071 1. **Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung:** Schaffung von Plattformen, in denen  
2072 Senior:innen aktiv in die Planung und Entscheidungsprozesse kommunaler Projekte  
2073 einbezogen werden. Dazu gehören regelmäßige Bürgerforen und Workshops.
- 2074 2. **Stärkung der Netzwerke:** Einrichtung von Netzbüros in jeder Kommune, welche die  
2075 Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlichen  
2076 Helfer:innen fördern. Diese Büros sollten als zentrale Anlaufstellen für Senior:innen dienen.
- 2077 3. **Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten:** Entwicklung von Programmen, die älteren  
2078 Menschen den Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten erleichtern, z. B. durch  
2079 kostenfreie oder vergünstigte Eintrittspreise und spezielle Veranstaltungen.
- 2080 4. **Barrierefreie Infrastruktur:** Verbesserung der baulichen Infrastruktur, um öffentliche Plätze,  
2081 Verkehrsmittel und Gebäude barrierefrei zu gestalten, damit Senior:innen uneingeschränkten  
2082 Zugang zu allen Lebensbereichen haben.
- 2083 5. **Gemeinschaftliche Wohnprojekte:** Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und  
2084 genossenschaftlichem Wohnen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet sind  
2085 und sozialen Zusammenhalt stärken.
- 2086 6. **Stärkung der häuslichen Pflege:** Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende  
2087 Angehörige sowie finanzielle Hilfen für die häusliche Pflege, um die Lebensqualität von  
2088 Senior:innen zu verbessern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.
- 2089 7. **Bildungsangebote des lebenslangen Lernens:** Einrichtung von Bildungs- und  
2090 Fortbildungsprogrammen, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen  
2091 zugeschnitten sind, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
- 2092 8. **Ehrenamtsförderung:** Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Schulungen,  
2093 finanzielle Anreize und Anerkennungsprogramme, um Senior:innen die Möglichkeit zu geben,  
2094 sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.
- 2095 9. **Intergenerationaler Austausch:** Initiativen zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit  
2096 zwischen Jung und Alt, z. B. durch gemeinsame Projekte, Veranstaltungen oder  
2097 Mentor:innenprogramme.

- 2098        **10. Soziale Beratung und Unterstützung:** Ausbau von Beratungsstellen, die Senior:innen in Fragen  
2099                der sozialen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und finanziellen Unterstützung umfassend  
2100                beraten und begleiten.
- 2101        Diese Maßnahmen sollten auf eine inklusive, gerechte und solidarische Gesellschaft abzielen, die die  
2102                Potentiale älterer Menschen anerkennt und fördert.
- 2103

## 2104 **Thema: Soziales**

zum Dokumentbeginn

### 2105 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

2106 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen  
2107 Stadt und Land. Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in  
2108 strukturschwachen Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind,  
2109 bilden sich andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandsinseln  
2110 (Gentrifizierung). Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer  
2111 Industriearbeitsplätze, enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner:innen.

2112 In den wachsenden Städten und ihrem Umland ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele  
2113 Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat  
2114 bewirtschaftet oder befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu  
2115 Konsummeilen und Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die  
2116 nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

2117 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die  
2118 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen  
2119 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.  
2120 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

2121 Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und  
2122 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des  
2123 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der  
2124 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner:innen werden nur  
2125 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich  
2126 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weitergewachsen.

### 2127 **Die Linke fordert und unterstützt:**

- 2128 • die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner:innen in allen politischen Fragen,
- 2129 • die Selbstorganisation beispielsweise durch Mieterinitiativen der Einwohner:innen,
- 2130 • die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand; dies  
2131 gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior:innen,  
2132 Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m.,
- 2133 • den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen,
- 2134 • die Gewährleistung der Grundversorgung aller Einwohner:innen in Bezug auf Strom, Heizung,  
2135 Gas und Wasser,
- 2136 • die weitere Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme, um Lücken der sozialen Infrastruktur  
2137 zu schließen,
- 2138 • eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-Entwicklung  
2139 und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort verbessert.

### 2140 **Vor Ort in der Kommune gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken:**

- 2141 • die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen  
2142 Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein,
- 2143 • den Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt  
2144 zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler:innen, Auszubildende sowie  
2145 Rentner:innen, Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher:innen,

- 2146 • die Schaffung neuer Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale
- 2147 Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas,
- 2148 • die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen,
- 2149 • die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
- 2150 die öffentliche Hand,
- 2151 • den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
- 2152 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, Aidshilfen, ambulante Suchthilfen und
- 2153 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie Beratungsstellen für geflüchtete Menschen,
- 2154 • die Stärkung von Bürgerzentren,
- 2155 • die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
- 2156 Ausstattung,
- 2157 • die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
- 2158 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind.
- 2159

## 2160 **Thema: Sport**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 2161 **Sport als Grundlage für Gesundheit, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt**

2162 Sport ist mehr als nur Bewegung – er fördert Gesundheit, stärkt den Gemeinschaftssinn und ist ein  
2163 zentraler Bestandteil kultureller Teilhabe. Von der frühkindlichen Bewegungserziehung über den  
2164 Schulsport und das Training während der Berufsjahre bis hin zu Angeboten für Senior:innen schafft  
2165 Sport Begegnung und Entwicklungsmöglichkeiten über alle Lebensphasen hinweg.

2166 Fast 30 % der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein und viele treiben darüber  
2167 hinaus regelmäßig Sport. Sportvereine sind in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens die  
2168 mitgliederstärksten Gemeinschaften und erfüllen wichtige Aufgaben – von der Förderung von  
2169 Toleranz und sozialem Miteinander bis zur Gewaltprävention. Dies unterstreicht den hohen  
2170 gesellschaftlichen Wert des Sports.

2171 Die Linke setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und  
2172 barrierefreie Angebote bietet. Wir wollen Sportangebote für alle Geschlechter und Altersgruppen.  
2173 Alle Menschen müssen die Chance erhalten, Schwimmen als wichtige Überlebenstechnik zu erlernen.

2174 Die Linke setzt sich für eine gerechte Sportförderung ein. Denn die Förderung von Sportangeboten ist  
2175 wichtig für:

- 2176 • die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Gemeinschaftssinns,
- 2177 • die Förderung von Gesundheit und Prävention,
- 2178 • den Erhalt und Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

### 2179 **Unsere Forderungen für eine solidarische Sportlandschaft:**

- 2180 1. Stärkung des Ehrenamts: Ehrenamtliches Engagement muss gesellschaftlich anerkannt und  
2181 gefördert werden, da es wesentlicher Bestandteil der Sportvereine ist.
- 2182 2. Gemeinsame Erarbeitung von Förderrichtlinien: Mit den Sportvereinen und Sportbünden  
2183 sollen kommunale Förderrichtlinien gestaltet werden, um bedarfsorientierte Förderung zu  
2184 gewährleisten.
- 2185 3. Kommunale Sport- und Schwimmstätten: Öffentliche Sporteinrichtungen wie Hallen, Plätze und  
2186 Schwimmbäder müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf erweitert oder neu gebaut  
2187 werden.
- 2188 4. Gemeinnützige Gesundheitszentren: Kommunen sollten Gesundheitszentren fördern und  
2189 finanzieren, die allen Menschen zugänglich sind und besonders auch Menschen mit  
2190 körperlichen Beeinträchtigungen unterstützen.

### 2191 **Unsere Ziele für eine gerechte Sportförderung:**

2192 Die Linke fordert eine kommunale Sportpolitik, die:

- 2193 • den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für  
2194 Transferleistungsbeziehende sicherstellt,
- 2195 • Nutzungsgebühren für Sportvereine im Breitensport abschafft,
- 2196 • den barrierefreien Zugang zu wohnortnahen Sportstätten für alle gewährleistet,
- 2197 • die Teilhabe von Frauen, Mädchen sowie inter, nicht-binären und trans Personen durch  
2198 spezifische Angebote wie Selbstverteidigungskurse fördert,
- 2199 • kommunale Förderung für gemeinnützige Gesundheitszentren schafft, die Menschen jedes  
2200 Alters, insbesondere Berufstätige, Senior:innen, Migrant:innen und Menschen mit  
2201 Behinderungen erreichen,



- 2202 • transparente Sportentwicklungs- und Investitionspläne gemeinsam mit Sportvereinen und
- 2203 Sportbünden aufstellt,
- 2204 • Projekte und Vereine mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant:innen und
- 2205 einkommensschwachen Menschen besonders fördert,
- 2206 • kommunale Unterstützung bei Förderanträgen an Land und Bund bereitstellt,
- 2207 • eine „Initiative Vereinssport“ auflegt, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft im
- 2208 Sportverein zu finanzieren,
- 2209 • das Ehrenamt wertschätzt und als gesellschaftlich wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher
- 2210 Maßnahmen fördert; steuerliche Entlastungen für ehrenamtlich Tätige, wie eine
- 2211 Kilometerpauschale, werden dabei angestrebt,
- 2212 • den Erhalt und Ausbau von Anlagen für Trendsportarten wie Skaten und Parcours unterstützt,
- 2213 • die Förderung von Fanprojekten zur Gewaltprävention sicherstellt und eng mit Sportvereinen
- 2214 zusammenarbeitet.
- 2215

## 2216 **Thema: Wirtschaft und Finanzen**

[zum Dokumentbeginn](#)

### 2217 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2218 Seit Jahren ist zu beobachten, wie die neoliberale Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene  
2219 zunehmend negative Auswirkungen zeigt. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, die  
2220 Infrastruktur verfällt und die Städte und Gemeinden sind mit immer höheren Schulden belastet.

2221 Die Verantwortung für diese Situation liegt bei einer Politik, die den Interessen von Konzernen und  
2222 Großinvestor:innen folgt, anstatt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen.  
2223 Nachdem viele Kommunen jahrelang auf Privatisierung gesetzt haben, ist zwar längst erwiesen, dass  
2224 die Privatisierung kommunaler Aufgaben keineswegs bessere Leistungen bringt und sich in der Regel  
2225 nur auf dem Rücken der Beschäftigten „rechnet“. Trotzdem nimmt der Druck zur Privatisierung  
2226 wieder zu, da die finanziellen Spielräume der Kommunen schrumpfen.

2227 Schon 2023 schätzten 348 der 396 Städte und Gemeinden in NRW ihre finanzielle Lage für 2024 sehr  
2228 schlecht oder eher schlecht ein und erwarten sogar eine weitere Verschlechterung ihrer  
2229 Finanzsituation in den kommenden fünf Jahren. Bereits 2023 konnten nur noch 73 Kommunen ihren  
2230 Haushalt strukturell ausgleichen und 2028 werden 240 Kommunen in NRW ihre finanziellen Reserven  
2231 völlig aufgebraucht haben, wenn es so weitergeht. Die seit Jahrzehnten bestehende Praxis der  
2232 Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land und nicht kompensierter Aufgabenzuweisungen  
2233 des Bundes muss endlich beendet werden.

2234 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch  
2235 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser  
2236 Auseinandersetzung wird Die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von  
2237 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

2238 Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt  
2239 sich Die Linke nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten, auch nicht, um  
2240 ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen  
2241 wird letztlich nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer durchgreifenden Reform der  
2242 Kommunalfinanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip einzuhalten, erheblich vermindert.

2243 Die Linke fordert einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.  
2244 Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die den Menschen dient, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
2245 sichert, den sozialen Zusammenhalt stärkt und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir setzen  
2246 auf solidarische und demokratische Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine  
2247 gerechte Finanzierung ermöglichen.

### 2248 **Forderungen der Linken für eine gerechte und nachhaltige kommunale Wirtschafts- und** 2249 **Finanzpolitik:**

2250 1. Stärkung einer sozialen, kommunalen Wirtschaft

- 2251
- 2252 • Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, wobei  
2253 der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer  
2254 Mitbestimmung liegt.
  - 2255 • Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden, insbesondere in  
2256 den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge. Genossenschaftliche  
2257 Betriebe sollen gefördert werden.

- 2258 • Die Einschränkungen der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in  
2259 Art. 107 Gemeindeordnung NRW müssen aufgehoben werden, soweit sie einen Vorrang für  
2260 private Wirtschaftstätigkeit vorsehen.
- 2261 • Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch soziale  
2262 Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum,  
2263 ökologisch nachhaltigen Produkten und guter Arbeit. Sie müssen Vorbilder für faire Bezahlung,  
2264 Mitbestimmung und eine integrative Arbeitskultur sein.
- 2265
- 2266 2. Stärkung der kommunalen Finanzen
- 2267
- 2268 • Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des  
2269 Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf rund 28 Prozent. Dieser Anteil wurde früher in NRW  
2270 tatsächlich erreicht.
- 2271 • Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden. Dabei  
2272 sollen größere Betriebe stärker besteuert werden als kleine. Die Gewerbesteuer ist neben der  
2273 Grundsteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre Kommunalsteuer, bei der Städte  
2274 und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
- 2275 • Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der  
2276 Grundsteuer darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter:innen führen. Die Regelungen in  
2277 NRW, die das Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen, führen jedoch zu  
2278 einer stärkeren Belastung von Wohngrundstücken, während Geschäftsgrundstücke eher  
2279 entlastet werden. Die Linke unterstützt die im Landesgesetz vorgesehene Möglichkeit, die  
2280 Hebesätze zu splitten und so Wohngebäude geringer zu belasten. Falls das Landesmodell mit  
2281 dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden  
2282 sollte, fordern wir einen Ausgleich der Steuerausfälle der Kommunen durch das Land.
- 2283 • Die Linke will die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der  
2284 Betriebskostenverordnung aufheben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B  
2285 ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll  
2286 umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele  
2287 Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen, haben zu Recht Sorge vor einem  
2288 Nebenkosten-Hammer.
- 2289 • Die Linke unterstützt die Anwendung der Grundsteuer C, die in NRW gesetzlich neu eingeführt  
2290 wurde. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke höher besteuert  
2291 werden, um im Falle des Mangels an Bauland Spekulation entgegenzuwirken.
- 2292 • Die Steuerpolitik muss gerechter werden! Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer,  
2293 die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die  
2294 Kommunen nachhaltig zu finanzieren.
- 2295 • Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden! Bundes- und Landesregierung haben den  
2296 Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu  
2297 sorgen. Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.
- 2298 • Die restriktiven Bedingungen der Gemeindeordnung NRW zur Haushaltsführung der  
2299 Kommunen müssen gelockert werden.
- 2300
- 2301 3. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- 2302
- 2303 • Das Land muss endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen,  
2304 öffentlichem Nahverkehr und Wohnraum bereitstellen. Bund und Land dürfen die Kommunen

2305 nicht allein lassen. Dabei tritt Die Linke für eine Ausweitung allgemeiner, nicht  
2306 zweckgebundener Zuweisungen an die Kommunen ein.

- Die Förderprogramme von Land, Bund und EU müssen zumindest für Kommunen in der  
2307 Haushaltssicherung zu 100 % ohne Eigenanteil abrufbar sein, leichter zugänglich gemacht und  
2308 besser abgestimmt werden. Viele Fördertöpfe können nicht abgerufen werden, weil die  
2309 Kommunen mit dem Eigenanteil finanziell und mit den Formalitäten personell überfordert sind.
- Die Linke ist dafür, Privatisierungen rückgängig zu machen. Insbesondere privatisierte  
2310 öffentliche Einrichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge wie Stadtwerke oder  
2311 Wohnungsbaugesellschaften sollen rekommunalisiert werden, um sie wieder dem Gemeinwohl  
2312 zu unterwerfen.
- Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei  
2313 der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur.  
2314 Mit diesen Strukturen müssen sie sorgsam umgehen. Eine konsequente Bodenpolitik soll  
2315 verhindern, dass öffentlicher Grund und Boden verkauft wird. Nutzungsrechte für  
2316 Gewerbeflächen sollen grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden.

2320

#### 2321 4. Abbau der kommunalen Altschulden

2322

- Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, durch den die nicht investiven  
2323 Schulden der Kommunen übernommen werden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die von  
2324 Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die in besonderer Weise vom  
2325 Strukturwandel betroffenen Kommunen in NRW dürfen nicht allein gelassen werden!
- Da durch die Altschuldenregelung, die die Landesregierung vor kurzem vorgelegt hat, nur die  
2326 Hälfte der nicht investiven Schulden der Kommunen in NRW übernommen würde, muss der  
2327 Bund die andere Hälfte übernehmen. Falls dies nicht passiert, muss das Land „nachbessern“.

2329

#### 2330 **Für eine gerechte Zukunft in den Kommunen**

2331 Die von der Linken vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Kommunen zielt darauf ab,  
2332 die soziale, wirtschaftliche und ökologische Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten. Es geht um den Aufbau  
2333 einer gerechten Gesellschaft, in der die Kommunen als starke Akteure in einer solidarischen und  
2334 nachhaltigen Wirtschaft wirken. Dies erfordert nicht nur Investitionen und eine gerechte  
2335 Steuerpolitik, sondern auch eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer kommunalen Wirtschaft,  
2336 die den Bedürfnissen aller Menschen dient.

2337

## 2338 **Thema: Wohnen**

[zum Dokumentbeginn](#)

2339 Wir wollen eine Wohnpolitik, die allen das Recht auf Wohnen garantiert und die sich nicht am Markt  
2340 orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Die nicht auf Profite aus ist, sondern auf das  
2341 Gemeinwohl.

2342 Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Städte, Dörfer und  
2343 Stadtteile, die lebenswert sind und in denen sich jede:r das Wohnen leisten kann. Wir wollen, dass  
2344 niemand Angst haben muss um seine Wohnung.

### 2345 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

2346 Auch in NRW wird Wohnen immer teurer. Gerade in den großen Städten steigen die Mieten weiter  
2347 und weiter, ohne dass sich Löhne und Sozialleistungen diesem anpassen. Aber auch in den  
2348 umliegenden Landkreisen gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen oder Baugrundstücke. Es wird  
2349 immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders Familien müssen dadurch mit viel  
2350 zu wenig Platz auskommen.

2351 Über Mieten wird Reichtum von unten nach oben verteilt. Ärmere Menschen müssen ihre Miete  
2352 zahlen, sonst droht ihnen die Obdachlosigkeit, während Reiche leistungslos und nur durch Eigentum  
2353 ihr Vermögen immer weiter vergrößern können.

2354 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer  
2355 Wohnungsbestände sind bundes- und landespolitisch viele Entscheidungen getroffen worden, die  
2356 sich nun negativ in den Kommunen auswirken. Ganze Viertel gehören gewinnorientierten und  
2357 börsennotierten Wohnungskonzernen, welche die Mieten weiter und weiter anheben, aber statt die  
2358 Häuser zu sanieren, das Geld an ihre Aktionär:innen ausschütten. Nebenkostenabrechnungen sind oft  
2359 falsch und völlig übersteuert.

### 2360 **Die Häuser denen, die drin wohnen**

2361 Als Linke stehen wir an der Seite der Mieter:innen. Wir unterstützen Initiativen wie „Deutsche  
2362 Wohnen & Co enteignen“. Nur durch die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und einen  
2363 großen Bestand in öffentlicher Hand können wir langfristig günstige Mieten und gute  
2364 Wohnbedingungen garantieren und dabei auch Mieter:innen Mitbestimmung ermöglichen.

2365 Auch wenn dies nicht in kommunaler Verantwortung liegt, können wir in den Kommunen an vielen  
2366 Stellen die Situation für die Mieter:innen verbessern.

2367 Wo immer es möglich ist, sollten Kommunen befähigt werden, über gezielten Ankauf und  
2368 Vorkaufsrechte kritische Bestände zurückzukaufen. Über die Wohnungsaufsicht kann parallel Druck  
2369 aufgebaut werden.

### 2370 **Mieter:innen stärken**

2371 Immer mehr Mieter:innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr, immer  
2372 mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen. Wir  
2373 als Die Linke solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

2374 Wir wollen einen wirksamen Mietendeckel in allen Kommunen. Der Preis für Wohnen darf sich nicht  
2375 an völlig überdrehten Marktpreisen orientieren, sondern muss an die tatsächlichen Kosten angepasst  
2376 sein. Bis es einen wirksamen Mietendeckel gibt, muss das Land zumindest in mehr Kommunen einen  
2377 angespannten Wohnungsmarkt anerkennen, damit wenigstens die Mietpreisbremse und ein etwas  
2378 besserer Schutz vor Mieterhöhungen greifen.

2379 Der Mietspiegel führt dazu, dass Mieten immer weiter steigen. Durch eine Anpassung an den  
2380 Mietspiegel können Mieterhöhungen durchgeführt werden, die wiederum dafür sorgen, dass der  
2381 Mietspiegel steigt. Eine Spirale nach oben. Trotzdem wollen wir als Linke auf kommunaler Ebene  
2382 einen qualifizierten Mietspiegel, um Mieter:innen vor Willkür zu schützen. Er muss sich dafür an den  
2383 Bestandsmieten orientieren und nicht an den neu abgeschlossenen Mietverträgen.

2384 **Die Linke fordert:**

- 2385 • Mietendeckel,
- 2386 • Mietspiegel, die sich an den Bestandsmieten orientieren,
- 2387 • Ausweitung und Unterstützung von Beratungsangeboten,
- 2388 • Zahlung von Mitgliedsbeiträgen von Mietvereinen durch die Jobcenter und Sozialämter.

2389 **Grundsteuer**

2390 Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre  
2391 Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.  
2392 Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 gebotene Reform der  
2393 Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens ist die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Da  
2394 unter den heutigen Umständen die Frage des ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums eine der  
2395 wichtigsten sozialen Fragen in Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der Grundsteuer Mieter:innen  
2396 nicht zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte Wohnungsunternehmen sollen von der Grundsteuer  
2397 befreit werden. Zweitens sind Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen, indem die Grundsteuer  
2398 verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei ist die Souveränität der Kommunen derart zu gewährleisten,  
2399 dass sie durch ein kommunales Hebesatzrecht für eine Aufkommensneutralität der  
2400 Grundsteuerreform auf Gemeindeebene sorgen können. Um einen Impuls zur Bekämpfung von  
2401 Grundstücksspekulation zu setzen, müssen unbebaute, aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker  
2402 belastet werden.

2403 Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen  
2404 kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Um diese  
2405 stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten  
2406 die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu  
2407 differenzieren. Damit können Kommunen nun Kostenexplosionen bei den Wohngebäuden vermeiden  
2408 und stattdessen die Entlastung bei den Gewerbeimmobilien reduzieren. Wir unterstützen dieses  
2409 Vorgehen.

2410 Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Hebesatz bei der Grundsteuer B vor  
2411 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen  
2412 Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

2413 Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der  
2414 Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den  
2415 Mieter:innen bei den Mietnebenkosten damit auch vollumfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft  
2416 viele Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen und im Zuge der  
2417 Grundsteueränderungen zu Recht Sorge vor einem Nebenkosten-Hammer haben. Wir setzen uns  
2418 dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird.

2419 Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt es  
2420 sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke.  
2421 Die Kommunen haben also die Möglichkeit, diesen gesonderten Hebesatz zu erheben, sind dazu  
2422 allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung der Grundsteuer C, wird den

2423 Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ motivierter  
2424 Zurückhaltung entgegenzuwirken.

2425 **Das Recht auf Wohnen kennt keine Ausnahmen**

2426 Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die Linke  
2427 setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge schnell  
2428 bearbeitet werden können.

2429 Die Bezieher:innen von Bürgergeld erhalten zwar die als angemessen geltende Miete bezahlt, aber  
2430 bei Mietsteigerungen fallen ihre Wohnungen schnell aus der Angemessenheit heraus. Zwangsumzüge  
2431 sind die Folge. Daher fordern wir flächendeckend, die aktuell auf dem Wohnungsmarkt verfügbaren  
2432 Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten zu machen. Steigen dann die  
2433 Mieten, steigen die Angemessenheitsgrenzen mit. Niemand darf zu einem Umzug gezwungen  
2434 werden, weil die Wohnung zu teuer wird.

2435 Die Zahl der Wohnungslosen in den Städten steigt. Wir fordern, dass mit dem Konzept Housing First  
2436 Menschen wieder in Wohnungen gebracht werden. Auch die Notübernachtungsstellen müssen  
2437 verbessert werden. Aktuell sind die Zustände dort so schlimm, dass Menschen lieber auf der Straße  
2438 übernachten, auch wenn dies Lebensgefahr bedeutet. Dies liegt an einer privatwirtschaftlichen  
2439 Betreuung, die rein gewinnorientiert arbeitet. Wir fordern gute Notübernachtungsstellen, die  
2440 kostenlos und für alle Wohnungslosen, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit, zugänglich sind. Für  
2441 Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und Jugendliche braucht es Angebote, die  
2442 ihren Bedürfnissen entsprechen. Außerdem muss dort auch die Unterbringung mit Hund möglich  
2443 sein.

2444 **Die Linke fordert:**

- 2445 • genügend Mitarbeiter:innen für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen,
- 2446 • Einführung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen mit  
2447 jährlicher Evaluierung in allen Kommunen des Landes,
- 2448 • Housing First
- 2449 • gute, kostenlose Notübernachtungsstellen für alle Wohnungslosen,
- 2450 • Aufenthaltsmöglichkeiten tagsüber mit Heizung, sanitären Anlagen und sozialen Angeboten.

2451 **Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2452 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in  
2453 guten Lagen an Investor:innen und Spekulant:innen zu legitimieren. „Aufwertungs-“ und  
2454 „Leuchtturmprojekte“ fungieren als Preistreiber in den Stadtteilen und verdrängen die dort lebenden  
2455 Menschen. Boden ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere, und die  
2456 Eindämmung von Bodenspekulation ist zentrale Aufgabe linker Politik. Durch die Vergabe von  
2457 Grundstücken in Erbpacht kann eine Kommune dauerhaft Einfluss auf deren Gestaltung nehmen und  
2458 Bodenspekulationen verhindern. Durch eine wirkungsvolle Bodenvorratspolitik können strategisch  
2459 wichtige Grundstücke frühzeitig erworben werden und die Möglichkeiten der Kommunen erweitert  
2460 werden. Erbpachtgrundstücke in städtischer Hand erleichtern auch den Erwerb von Wohneigentum  
2461 durch junge Familien.

2462 **Die Linke fordert:**

- 2463 • keine Leuchtturmprojekte, sondern langfristige Verbesserungen,
- 2464 • Vergabe von Grundstücken in Erbpacht,
- 2465 • wirkungsvolle Bodenvorratspolitik,

- 2466 • Ausweitung von Vorkaufsrechten und aktiven Ankauf von kritischen Beständen durch die  
2467 Kommunen.

### 2468 **Sozialen Wohnungsbau ausweiten**

2469 In vielen Städten herrscht Wohnungsnot. Daher muss im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik  
2470 der Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Wir fordern,  
2471 dass die Sozialbindung von Wohnungen nicht mehr auslaufen kann, sondern dauerhaft ist. Bei allen  
2472 Neubauvorhaben streben wir eine Quote von mindestens 40 % der Wohnflächen als öffentlich  
2473 geförderten Wohnraum an.

2474 Kommunen müssen guten und bezahlbaren Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Sie  
2475 müssen dafür sorgen, dass Wohnungsbestände saniert und barrierefrei ausgebaut sowie energetisch  
2476 modernisiert werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter:innen führen. Auf  
2477 Bundesebene muss die Modernisierungumlage abgeschafft werden. Durch die Einführung eines  
2478 Baulückenkatasters können Flächen effektiv genutzt und willkürlicher Flächenfraß verhindert werden.

2479 Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die weitere Ausweisung von Einfamilienhaussiedlungen, da  
2480 diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen.  
2481 Stattdessen wollen wir gute Konzepte für gemeinsames Wohnen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser  
2482 fördern.

2483 Bei der Planung von Neubaugebieten legen wir Wert auf eine soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen,  
2484 Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.  
2485 Insbesondere im städtischen Raum müssen Grünflächen und Parks, Kinderspielflächen und  
2486 Jugendtreffs zwingend mitgedacht werden. Wir unterstützen die Schaffung von Quartieren, in denen  
2487 Menschen ohne eigenes Auto leben wollen.

2488 Insbesondere in den ländlichen Regionen wollen wir dafür sorgen, dass Senior:innen ihre Häuser  
2489 zugunsten junger Familien gegen altersgerechte, barrierefreie Wohnungen tauschen können, ohne  
2490 dabei finanzielle Nachteile zu erleiden. Wir setzen uns für energetische Sanierungen im  
2491 Altbaubestand ein, um Wohnraum zu erhalten und die Energiekosten bezahlbar zu halten.

### 2492 **Die Linke fordert:**

- 2493 • Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine festgelegte Quote von mindestens 40 % der  
2494 Bruttogeschosfläche in den Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen,  
2495 • Ausweitung kommunaler Bautätigkeit,  
2496 • Baulückenkataster,  
2497 • kein Bau von Einfamilienhaussiedlungen,  
2498 • Tauschprogramme „alt zu jung“,  
2499 • energetische Sanierung im Altbaubestand,  
2500 • Projekte „Wohnen ohne eigenes Auto“.

### 2501 **Kommunale Möglichkeiten nutzen**

2502 Durch die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung können Kommunen effektiv sowohl gegen  
2503 Leerstand als auch gegen Kurzvermietungsmodelle wie AirBnBs vorgehen. Abbruch, Leerstand und  
2504 Nutzungsänderung sind anzeige- und genehmigungspflichtig und können untersagt werden. Die  
2505 Einführung eines Leerstandskatasters macht ihn nicht nur sichtbar, sondern vereinfacht Eingreifen bis  
2506 hin zu Enteignungen.



2507 Außerdem stehen mit der Einführung einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) weitere  
2508 Instrumente zur Verfügung. So sind dort auch Modernisierungen und bestimmte Bautätigkeiten  
2509 genehmigungspflichtig, sodass die Verdrängung von Bewohner:innen erschwert wird.

2510 Wir brauchen eine kommunale Wohnungsaufsicht, die gegen Mietwucher, Zweckentfremdung und  
2511 Verwahrlosung von Wohnraum vorgeht. Sie muss immer an der Seite der Bewohner:innen stehen  
2512 und für sie Lösungen finden.

2513 Die Wohnungsaufsicht muss mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um auch in  
2514 größerem Umfang Ersatzmaßnahmen in problematischen Beständen zwischenfinanzieren zu können.  
2515 Mittelfristig können die Gelder vom Eigentümer zurückgeholt werden.

2516 **Die Linke fordert:**

- 2517 • Zweckentfremdungssatzung in allen Kommunen,
- 2518 • Leerstandskataster,
- 2519 • soziale Erhaltungssatzungen insbesondere in ärmeren Quartieren,
- 2520 • Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht.

2521 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken**

2522 Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine  
2523 soziale Wohnungspolitik werden und keine Gewinne für ihre Gesellschafter ausschütten müssen. Sie  
2524 müssen finanziell gestärkt werden, um ihrer Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gerecht zu  
2525 werden. Auch Möglichkeiten von Mitbestimmung der Mieter:innen wollen wir schaffen.

2526 **Die Linke fordert:**

- 2527 • kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen ihre Mieterhöhungen entsprechend dem  
2528 Kostendeckungsprinzip begrenzen,
- 2529 • keine Gewinnausschüttungen, sondern Reinvestition,
- 2530 • Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an  
2531 renditeorientierte Träger:innen ist verbindlich ausgeschlossen,
- 2532 • kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen Strukturen einführen, die Mieter:innen  
2533 beteiligen und mitbestimmen lassen – denkbar ist z. B. eine Drittelparität (Kommune,  
2534 Beschäftigte, Mieter:innen),
- 2535 • Dort, wo Kleinstädte nicht die Kapazitäten haben, eigene Wohnungsbaugesellschaften aufzubauen,  
2536 streben wir die Gründung von kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaften an.

2537 **Kommunale Wärmeplanung sozial gestalten**

2538 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000  
2539 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 eine Wärmeplanung erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete  
2540 mit bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Die kommunale Wärmeplanung  
2541 kann ein wichtiger Baustein zur Energiewende sein.

2542 Die Linke ist insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten für den Ausbau der  
2543 Fernwärmeversorgung. Dabei muss ein Schwerpunkt die Nutzung industrieller, bisher oft ungenutzter  
2544 Energiequellen sein. Gleichzeitig ist sie für einen Ausbau einer dezentralen Energieversorgung, wie  
2545 z. B. die Nutzung von Erdwärme durch Wärmepumpen für Quartiere und Stadtviertel. Hierzu müssen  
2546 kommunale Angebote geschaffen werden.

2547 Als Linke setzen wir uns dafür ein, die Wärmeplanung sozial verträglich zu gestalten. Der Anschluss an  
2548 ein Fernwärmenetz darf nicht dazu führen, dass die Kosten für die Mieter:innen explodieren. Dazu

2549 sind gesetzliche Regelungen zur Preistransparenz und -kontrolle erforderlich. Darüber hinaus ergeben  
2550 sich wichtige Tätigkeitsfelder für die Stadtwerke.

2551 Gerade die Monopole auf dem Fernwärmemarkt haben in den letzten Jahren gezeigt, wie die Preise  
2552 durch intransparente, nicht nachvollziehbare Preisklauseln explodieren können. Die Kommunen  
2553 müssen die Kontrolle über die Fernwärmenetze behalten, um die Preisentwicklung kontrollieren zu  
2554 können.

2555 Die Bezahlbarkeit muss auch in einem frühen Stadium der Planung eine Rolle spielen. Planungen  
2556 dürfen sich nicht an den Interessen der Eigentümer:innen orientieren, sondern müssen die Belange  
2557 der Mieter:innen in den Mittelpunkt stellen.

2558 Wir stellen uns gegen klimatisch sinnlose Pläne wie die Nutzung von Wasserstoff zum Heizen und  
2559 gegen die Verbrennung von Holz, wodurch in hohem Maße gesundheitsschädlicher Feinstaub  
2560 freigesetzt wird.

2561 Die Kosten der im Bund und in der EU geregelten energetischen Sanierung von Wohnhäusern dürfen  
2562 auf Mieter:innen grundsätzlich nur bis zur Höhe der Einsparungen bei den Energiekosten umgelegt  
2563 werden.

2564 **Die Linke fordert:**

- 2565 • vor allem in Ballungsgebieten den Ausbau der Fernwärmeversorgung, in der Regel durch  
2566 kommunale Anbieter bei Nutzung vorhandener und/oder erneuerbarer Energiequellen,
- 2567 • Kostentransparenz und -kontrolle bei der Preisgestaltung der Fernwärme,
- 2568 • eine quartiersbezogene, dezentrale Energieversorgung z. B. durch Wärmepumpen für  
2569 Wohnblöcke oder Stadtviertel,
- 2570 • eine sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende schon bei der Wärmeplanung,
- 2571 • keine Nutzung von Wasserstoff und Holz zum Heizen,
- 2572 • Fernwärmenetze müssen unter öffentlicher Kontrolle bleiben.